

Reiche Industriestaaten -

Arme Dritte Welt...

...und die Sichtweise von Gewerkschaften

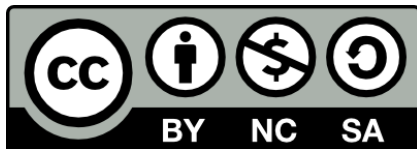
6-Wochen-Arbeit an der Akademie der Arbeit, Frankfurt

Vorgelegt von Alexander Rager

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	Seite 2
Vorwort zur „elektronischen“ Ausgabe	Seite 4
Vorwort der „Originalausgabe“	Seite 5
Einleitung	Seite 6
1. Allgemeine Zusammenhänge der Interdependenz	Seite 8
1.1 Schuldenkrise und Schuldenfalle	Seite 8
1.2 Verfall der "Terms of Trade"	Seite 9
1.3 Protektionismus	Seite 9
1.4 Wirtschaftswachstum und Energie	Seite 10
1.5 Verteilungsspielräume durch Transfer von Süd nach Nord	Seite 11
1.6 Nicht verallgemeinerbarer Lebensstil der Industrienationen und erste Warnungen	Seite 12
2. Problemaufriß der Gewerkschaften gegenüber	Seite 14
2.1 Printmedien	Seite 14
2.1.1 Mitgliederzeitungen (metall, Deutsche Post, Holzarbeiterzeitung)	Seite 15
2.1.2 Funktionärszeitschriften (Der Gewerkschafter, Gewerkschaftliche Praxis)	Seite 16
2.2 Kongreßbeschlüsse	Seite 18
2.3 Positionen der Abteilungen Internationales	Seite 22
2.3.1 IG-Metall	Seite 22
2.3.2 Deutsche Postgewerkschaft	Seite 24
2.4 Internationaler Zukunftskongreß der IGM	Seite 26
3. Fallbeispiele zur abschließenden Betrachtung	Seite 29
3.1 Automobilindustrie als Symbol des "Way of life" (IGM)	Seite 29
3.1.1 Problemanalyse	Seite 29
3.1.2 Gewerkschaftliche Thematisierung	Seite 31
3.2 Telekommunikation und Weltmarkt (DPG)	Seite 33
3.2.1 Problemanalyse	Seite 33
3.2.2 Gewerkschaftliche Thematisierung	Seite 38
3.3 Tropenholzabkommen der GHK	Seite 42
3.3.1 Problemanalyse	Seite 42
3.3.2 Gewerkschaftliche Thematisierung	Seite 43
4. Versuch einer Wertung unter Betrachtung der Schwierigkeiten	Seite 46
4.1 Entwicklungen im untersuchten Zeitraum	Seite 47
4.2 Gewerkschaftsimmanente Schwierigkeiten der Betrachtung	Seite 48
4.2.1 Gemeinsames Produktionsinteresse von Kapital und Arbeit	Seite 48
4.2.2 Internationalismus und Betriebsgrenzen	Seite 51

5. Handlungsansätze	Seite 52
5.1 Ökologischer Umbau der Wirtschaft	Seite 52
5.2 Demokratisierung ökonomischer Strukturen	Seite 53
5.3 Gewerkschaften als „überbetriebliche Vernunft“	Seite 54
5.4 Schaffung einer gesellschaftlichen Akzeptanz	Seite 55
5.5 "Internationales Management" der Probleme	Seite 56
Quellen-/Literaturhinweise	Seite 57



Dieses Werk unterliegt den Lizenzbedingungen der **Creative Commons 3.0**.

Sie dürfen

- das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen und
- Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen.

Folgende Bedingungen sind dabei zu beachten:

- **Namensnennung (BY)** — Sie müssen den Namen von mir nach den gebräuchlichen Zitierregeln nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung (NC)** — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Weitergabe unter gleichen Bedingungen (SA)** — Wenn Sie das lizenzierte Werk bzw. den lizenzierten Inhalt bearbeiten oder in anderer Weise erkennbar als Grundlage für eigenes Schaffen verwenden, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

Vorwort zur „elektronischen“ Ausgabe

Als ich Anfang 1993 diese Arbeit geschrieben habe, war mein persönlicher Stand der Computerkenntnisse nicht auf dem aktuellsten Stand, genausowenig wie meine technische Ausrüstung. Dieses Dokument wurde ursprünglich auf Word 5 für DOS geschrieben. Alle Grafiken und Bilder wurden nach dem Druck mühselig eingeklebt - ein Vorgehen, das heute, dank Scanner, längst überholt ist.

Das Problem des Einklebens ist, dass mir in diesem Fall mit dem Original auch die Bilder abhanden kamen. Ich habe für diese elektronische Ausgabe - auch aus rationellen Gründen - darauf verzichtet, diese Bilder und Grafiken, die teilweise für das Textverständnis sinnvoll waren, nachträglich noch einmal zu besorgen, einzuscannen und die Texte entsprechend zu formatieren. Sollte es diesbezüglich zu Sprüngen in der Argumentation kommen, so bitte ich deshalb um Entschuldigung.

Ansonsten denke ich, dass diese Arbeit - es war immerhin sowohl meine erste wissenschaftliche, als auch meine erste empirische Arbeit - noch passabel genug ist, im Internet publiziert zu werden. Gleichwohl sehe ich inzwischen inhaltlich einige Punkte anders und würde ein solche Arbeit deshalb auch anders angehen. Das zeigt auf der einen Seite eine Entwicklung, die meinerseits durchlaufen wurde. Andererseits war schon damals mein Schwerpunktthema Nachhaltigkeit, und somit eine Kontinuität meines Denkens, vorhanden.

Entstanden ist diese Arbeit, wie auch der Name nahe legt, innerhalb von 6 Wochen während des Kurses an der Akademie der Arbeit in Frankfurt. Eine durchaus passable Leistung, wie ich auch heute noch denke. Insofern hat es mir auch großen Spaß gemacht, diese Arbeit in der Bearbeitung für die Netzpublikation noch einmal zu lesen. Ursprüngliche Rechtschreibfehler und sonstige (stilistische) Unzulänglichkeiten habe ich nicht aus der Arbeit entfernt, dieser Hinweis sei mir noch gestattet.

Vorwort der „Originalausgabe“

Als ich im Rahmen meiner Tätigkeit als Teamer in der Jugendbildungsarbeit bei der DPG den Auftrag bekam, ein Wochenendseminar zum Thema "Der Nord-Süd-Konflikt" durchzuführen, hatte ich ganz allgemeine und unverbindliche Vorstellungen über dieses Problem.

Als ich die Vorbereitungen begann, mußte ich aber schnell feststellen, daß es mit meinem Wissen um diese Probleme nicht weit bestellt war. Je tiefer der Einblick ging, desto mehr faszinierte und erschreckte mich dieses Thema bis zu einer tiefen persönlichen Betroffenheit, wie sie heute bei mir vorhanden ist. Vor dem Hintergrund, daß es inzwischen - neben der ökologie - eine überlebensfrage der Menschheit (zumindest wesentlicher Teile) geworden ist, will ich die Thematik sehr viel mehr ins Bewußtsein bringen. Um dies qualifiziert zu tun, habe ich dieses Thema zu meinem speziellen "Hobby" gemacht. Es war auch der Hintergrund, diese Abhandlung zu schreiben.

Bei meiner gewerkschaftlichen Arbeit hat - im Nachhinein betrachtet - internationale Arbeit lediglich in Form von Studienfahrten und Delegationen stattgefunden, die außerdem nur einem begrenzten Kreis (Hauptvorstandsebene) zugänglich waren. In der täglichen Arbeit dagegen spielte dieses Thema nie eine ernsthafte Rolle. Internationale Zusammenhänge und Strukturen waren keine Grundlage praktischen gewerkschaftlichen Handelns, allenfalls gab es "Appelle" an den Staat oder andere. Probleme der internationalen Zusammenarbeit gab es scheinbar nur aufgrund der übermacht der Konzerne.

Eigentlich ist es traurig, wie wenig internationale Solidarität in der praktischen Arbeit der Gewerkschaften auftaucht. Obwohl sich die Gewerkschaften dieses Ziel ziemlich weit oben auf die Fahnen schreiben, ist es weit weg von jeder Realisierung. Deswegen ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß der 12. Oktober 1992, also 500 Jahre "Entdeckung" Amerikas, relativ spurlos an den Gewerkschaften vorbeiging.

Mit meiner Arbeit hoffe ich, zur Problemaufbereitung und Diskussion beitragen zu können. Systemimmanente Schwierigkeiten machen es den Gewerkschaften schwer, das Motto "Teilen verbindet" auch auf internationale Ebenen sowie ihre Mitglieder zu übertragen. Diese Arbeit wird darum auf Widerspruch und Kritik stoßen. Das soll sie auch, denn ein gemeinsamer, kritischer Dialog ist besser als ein zu einseitiges Betrachten der Ursachen von Armut- und Reichtumsverteilung auf dieser Erde.

Frankfurt im Januar 1993

Reiche Industriestaaten -

Arme 3. Welt...

...und die Sichtweise von Gewerkschaften

Erstellt im 58. Lehrgang der Akademie der Arbeit von Alexander Rager

Einleitung

Die achtziger Jahre waren für die "Entwicklungsländer" ein verlorenes Jahrzehnt. Ihre Schulden stiegen ins Unbezahlbare, die Terms of Trade verschoben sich extrem zu ihren Ungunsten und für viele Länder fand eine weitere Abkoppelung vom Weltmarkt statt. Billige Rohstoffpreise (sowohl für Industrierohstoffe, als auch für Nahrungsmittel), Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord, Handelsbeschränkungen zugunsten der entwickelten kapitalistischen Staaten sowie die billige Entsorgung des Wohlstandsmülls (inc. der Luft- und Wasserverschmutzung) haben zu kolossal unterschiedlichen Lebensverhältnissen auf diesem Planeten geführt. "Das bisherige Wohlstandsmodell kann nicht aufrechterhalten werden", schreibt die Stiftung Entwicklung und Frieden¹ und nicht nur sie ist dieser Meinung. Ein radikales Umdenken ist unumgänglich. Ich werde dies im Laufe der Arbeit noch im einzelnen begründen.

Die Kehrseite der Armut und Umweltzerstörung ist ein "Lebensstandard" der Arbeitnehmer in den Industrienationen von bisher nie gekanntem Ausmaß. Sie haben von der Ungleichverteilung und Ausplünderung des Planeten erheblich profitiert. Durch Protektionismus blieben Arbeitsplätze erhalten. Unterbewertete Preise auf Rohstoffe sowie Agrarprodukte boten die Möglichkeit, durch Steuern, die diese Güter trotzdem noch für alle erschwinglich machte, soziale Sicherungsprogramme zu finanzieren und garantierten einen billigen "Nachtisch" (Kaffee, Südfrüchte). Tochterunternehmen der multinationalen Konzerne hatten durch Kapitaltransfer in die Konzernzentralen Verteilungsspielräume in den Tarifaueinandersetzungen.

In dieser 6-Wochen-Arbeit will ich nun behandeln, wie die Gewerkschaften mit dieser Problematik umgegangen sind. Zur Vereinfachung soll der Zeitraum von 1981 - 1990 (Schuldenkri-se) anhand von 3 Gewerkschaften betrachtet werden. Die drei Gewerkschaften wurden nach folgenden Überlegungen ausgewählt:

- 1) Die IGM wegen starker internationaler Verflechtungen ihrer großen Organisationsbereiche
- 2) Die DPG - eine Gewerkschaft, die zumindest auf den ersten Blick wenig internationale Verflechtungen des Organisationsbereiches (DBP) vorfindet
- 3) Die GHK durch internationale Abhängigkeit ihres Organisationsbereiches vom Rohstoffmarkt.

Untersucht werden folgenden Quellen:

- 1) Je eine Mitglieder- und Funktionärszeitschrift, um den Umgang mit diesem Thema gegenüber Mitgliedern/Funktionären feststellen zu können,
- 2) Kongreßbeschlüsse, Grundsatzpositionen und Stellungnahmen der Abteilungen Internationales,
- 3) Einzelne Fallbeispiele, die konkreter zu betrachten sind.

Als Fallbeispiele will ich untersuchen:

- 1) Für die IGM den Bereich der Automobilindustrie als Symbol des Lebensstandards und die damit verbundenen/absehbaren Folgen.
- 2) Für die DPG der Bereich Telekommunikation, der einen wichtigen Beitrag zur Ausbeutung der Dritten Welt liefert. "Global Sourcing" - also die weltweit jeweils billigste Produktionsform - ist ohne moderne Telekommunikationstechniken nicht möglich.
- 3) Für die GHK den Bereich Tropenholzabkommen/Einsatz von Tropenhölzern, da die Rodung des tropischen Regenwaldes als Synonym für weltwirtschaftliche Zusammenhänge und globale Umweltzerstörung in einer kritischen Diskussion ist.

1. Allgemeine Zusammenhänge der Interdependenz der Industrieländer mit der 3. Welt

Leben wir auf Kosten der 3. Welt? Eine sehr umstrittene Frage. Zuerst ist eine Abgrenzung zwischen "3. Welt" und Industriestaaten zu treffen. Als "3. Welt" betrachte ich Länder, die über sehr wenig Industrie für den Binnenmarkt verfügen und strukturell von wenigen Exportgütern, in der Regel Rohstoffe, Agrar- und Halbprodukte, abhängen. Aus diesem Grund zähle ich auch einen Großteil der OPEC-Staaten zu Entwicklungsländern. Schwellenländer (z.B. die "kleinen Tiger") sind dagegen nicht mehr dazuzurechnen. Der Begriff "Dritte Welt" hat sich nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" eigentlich erledigt. Ich verwende ihn weiter, da er in der gängigen Diskussion nach wie vor gebräuchlich ist.

Schwerpunkt dieser Arbeit soll die Aufarbeitung weltwirtschaftlicher (also ökonomischer) Zusammenhänge sein, was weder alles erklären kann, noch soll. Geschichtliche Entwicklungen des Kolonialismus als Ursprungsproblem, Umweltfragen sowie Rüstungspolitik und -export können an dieser Stelle - aufgrund Zeitmangels - meist nur gestreift werden. Auch die Rolle der extrem reichen Oberschichten (Eliten) der "3. Welt" kann in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden. In vielen Bereichen ist es schwer, spezielle Daten für die BRD zu bekommen. Sie ist dann bei den führenden Industrienationen mitgemeint.

1.1 Schuldenkrise und Schuldenfalle

In Folge der OPEC-Politik und des Jom-Kippur-Krieges kam es zu politisch motivierten Ölpreiserhöhungen 1973/74 und noch stärker 1979. Diese, in den Industriestaaten als erste und zweite Energiekrise charakterisierte Entwicklung (vergleiche auch 1.4), führte zu ungeahnten Mehreinnahmen der OPEC-Staaten, die damit - vorerst - nichts anzufangen wußten. "Petro-Dollar" in Massen wurden auf Bankkonten in den Industriestaaten angelegt. Dieser "Geldüberfluß" sowie die Hoffnung auf "nachholende Industrialisierung" führte dazu, den Entwicklungsländern zinsgünstige Kredite praktisch aufzudrängen. Für viele Entwicklungsländer bedeutete diese Situation den Versuch, sich von ihren kolonialen Strukturen und ökonomisch weiterbestehenden Abhängigkeiten zu lösen. Deswegen wurden mit diesen Krediten teure Entwicklungsprojekte (Industrieanlagen) finanziert sowie Luxusgüter importiert. Zukünftig zu erwartende Exporterlöse (hohe Rohstoffpreise) der Entwicklungsländer sollten die Kredite tilgen.²

Wirtschaftskrise, weltweit steigende Zinsen und schließlich rapide verfallende Rohstoff- sowie steigende Energiepreise führten dann im Verlauf der 80'er Jahre zu einer erdrückenden Schuld und Zinslast, da die Kredite durch Exporterlöse nicht mehr bezahlt werden konnten. Aufgrund ständiger Umschuldungen betrug die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer 1990 schließlich 1 341 Mrd. \$.³

1.2 Verfall der "Terms of Trade"

Durch die Kolonialzeit ausgeprägter Monokulturanbau bedingte eine starke Abhängigkeit der Entwicklungsländer von nur einem oder wenigen Exportprodukten, in der Regel Rohstoffe und Agrarprodukte. Der Verfall der Rohstoffpreise kam deswegen keineswegs aus heiterem Himmel. Neben der allgemeinen Wirtschaftskrise waren die vergebenen Kredite ein wichtiger Faktor des Verfalls. Um Schulden und Zinsen zurückzuzahlen, wurde der Rohstoffabbau sowie Agraranbau für den Weltmarkt kräftig vorangetrieben. Die einzelnen Länder machten sich auf dem Weltmarkt selbst Konkurrenz, und durch gewaltige Erhöhung der Exportmengen fielen infolge eines "überangebots" die Preise.

Durch einen drastischen Wandel im Welthandel, der Rohstoffe und Agrarprodukte zusätzlich an Bedeutung verlieren ließ, gab es einen weiteren Preisverfall. Kunststoffe und Recycling ersetzen oder verminderten Rohstoffimporte der Industrienationen.

Abhängigkeit von Rohölexporten:

Libyen - 100 %

Irak - 98 %

Iran - 92 %

Dem Verfall der Rohstoffpreise stand ein Anstieg der Preise industrieller Waren gegenüber, so daß die Entwicklungsländer trotz Exportsteigerungen weniger importieren konnten. (Nach "Konkret 2/91" mußten 1990 etwa ein Drittel mehr Waren als 1950 exportiert werden, um die gleiche Warenmenge wie 1950 zu erhalten.)⁴

Der dynamische Sektor, Handel verarbeiteter Waren, hat zugenommen. Allerdings spielt er nur noch zwischen den Industrieländern eine große Rolle (Welthandelsanteil der BRD = 11%).⁵ Schulden, vermehrte Rohstoffausbeutung, sinkende Preise, mehr Schulden, weitere Rohstoffausbeutung - ein ewiger Kreislauf. So wirken die Strukturen des Weltmarktes. Niedrige Verbraucherpreise bei Lebensmitteln (z.B. bei Kaffee, Bananen und Südfrüchten) und Rohstoffen sind unmittelbare Folge. Zinsen und Schulden können auf diesem Weg nie zurückgezahlt werden und erhalten die Abhängigkeit.

1.3 Protektionismus

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise entwickelten vor allem die Industriestaaten zusätzlich protektionistische Maßnahmen. Nach dem neuesten Bericht des Human Development Report⁶ kostet dieser Handel mit ungleichen Partnern die Entwicklungsländer jährlich 500 Milliarden US\$ - zehnmal mehr als sie an Auslandshilfe erhalten - oder auch 20% ihres Bruttosozialprodukts bzw. 40% ihrer Auslandsschulden. Während die auch bei den Entwicklungsländern vorhandenen Handelsbarrieren durch die Auflagen von IWF und Weltbank tendenziell fallen, nehmen diese Maßnahmen in den Industriestaaten zu. Als größtes Problem wird in diesem Zusammenhang die Ausweitung sogenannter "nicht-tarifärer Handelshemmnisse" genannt (Industrienormen, Gesundheitsvorschriften, "freiwillige" Exportselbstbeschränkungsabkommen usw.).

Rohstoffe haben niedrige Zölle, mit steigendem Verarbeitungsgrad aber steigen die Barrieren, ein weiteres Problem für die "Entwicklung" der 3. Welt. Tatsächlich stehen nur 7% des Welthandels in voller Übereinstimmung mit den GATT-Prinzipien, die auf völlig freien und fairen Wettbewerb setzen (gleiche Voraussetzungen der Länder). Agrarsubventionen der EG spielen bei Handelshemmnissen der 3. Welt eine wichtige Rolle. Gegen den hochsubventionierten Weizen haben die Erzeuger der Dritten Welt keine Chance, und exportiertes, subventioniertes Rindfleisch (Veredelung) zerstört die Existenz einheimischer Produzenten und Bauern (vergleiche dazu auch 2.1.2).

Durch restriktive Arbeitsmärkte in den Industriestaaten "verlieren" die Entwicklungsländer ein weiteres Mal. Qualifizierte und gut ausgebildete Facharbeiter oder Vermögende erhalten in der Regel Zugang bzw. werden regelrecht abgeworben. Diese "Intelligenz", deren Ausbildung einerseits viele Milliarden US\$ gekostet hat, fehlt andererseits als Wissenspotential in der 3. Welt. Ungelernte Wanderarbeiter, die durch Zuwanderungsbeschränkungen (Asyldiskussion, "Wirtschaftsflüchtlinge") keinen Zugang haben, sind die andere Seite der Medaille. Für viele Entwicklungsländer sind Überweisungen solcher Wanderarbeiter in ihr Heimatland eine wichtige Einnahmequelle. Der Ausfall der Überweisungen und Abzug der ausgebildeten Kräfte wird im Human Development Report 1992 nach "vorsichtigen Schätzungen" auf ca. 250 Mrd. US\$ beziffert⁷ (ca. die Hälfte der 500 Mrd. US\$). Ein sehr brisantes Thema - zumal für die Gewerkschaften.

1.4 Wirtschaftswachstum und Energie

Ölkartelle und Konzerne - vor allem der USA - erwarben Ende des vorigen Jahrhunderts von den noch in Kategorien der Naturalwirtschaft befangenen Herrscher der Ölstaaten Konzessionen zur Ausbeutung ihrer Ölquellen zum Schleuderpreis. Es stellte sich heraus, daß die Ergiebigkeit dieser Ölquellen wesentlich größer war als erwartet. Nach der formalen Entkolonialisierung wurden die Ölstaaten - wie der Rest der 3. Welt - durch Konkurrenz (Abhängigkeit vom Öllexport als Devisenquelle zwischen 80% und 100%) gezwungen, immer weitere Ölfunde zur Ausbeutung freizugeben. Der Reichtum schien unerschöpflich zu sein. Die Primärenergieerzeugung aller Industriestaaten wurde konsequent auf diesen neuen, billigen Energieträger umgestellt. Als Reaktion folgte 1960 die Gründung der OPEC. Einen ersten Erfolg gab es erst 1973/74 und dann noch einmal 1979.

Nur vor diesem Hintergrund ist der gewaltige Nachkriegswirtschaftsboom erklärbar. Der Energieverbrauch zwischen 1950 und 1989 entwickelte sich folgendermaßen: Industrie + 96%, Haushalte + 225%, Verkehr + 335%.⁸ Bis 1973 gab es einen direkten proportionalen Zusammenhang zwischen Wachstum des Bruttosozialprodukts und steigendem Primärenergieverbrauch.⁹ Erst nach der Ölkrise 1973/74 wurde diese Entwicklung unterbrochen. Durch Einsparungen wurde vor allem im industriellen Bereich ein Rückgang des Verbrauchs erreicht. Arbeitnehmer profitierten weiterhin vom immer noch billigen Energiepreis. Die Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten, der zunehmende Individualverkehr mit dem eigenen Auto trieben den Energieverbrauch - trotz Einsparungen - immer höher. *Der Preisverfall des Erdöls Ende der achtziger Jahre bedeutete eine gewaltige Reallohnsteigerung.* So sanken dadurch Anfang 1986 die Verbraucherpreise um mindestens 0,5%.

Zugleich schaffte die Unterbewertung des Öls der jeweiligen Regierung auch die Möglichkeit, über Steuern und Abgaben den heimischen Haushalt auszuweiten. Am Beispiel des Benzinpreises soll dies verdeutlicht werden. Im August 1990 entfielen vom Endpreis einer 50-Liter Tankfüllung in Höhe von 67.-- DM auf die BRD 41.50 DM (62%), die Ölkonzerne 8.50 DM (12.7%), die Tankstellen 1.50 DM (3.7%) und schließlich auf die Förderländer 14.50 DM (21.6%), also ein Bruchteil.¹⁰ Deutlich höhere Erdöl- oder Energiepreise hätten entweder das Auto nicht zum Massenkonsumartikel (für alle Arbeitnehmer) werden lassen oder in der Sozialpolitik erhebliche Einschränkungen bedeutet.

Neben dem Beginn der Schuldenkrise hatten die Peto-Dollar eine weitere Wirkung - den Transfer von hochwertigen Produkten und Rüstungsgütern in diese Länder. Ca. 1150 Mrd. US\$ wurden in den achtziger Jahren an Einnahmen durch den Ölverkauf erzielt. Davon wurden ca. 460 Mrd. US\$ für Rüstung ausgegeben.¹¹ (Leopard Panzer an Saudi-Arabien). Ein Rest von ca. 270 Mrd. US\$ wurde als überschüssiges Kapital in den Industriestaaten investiert.¹² Eine gute Sicherung von Rüstungs- und Exportarbeitsplätzen. Erdöl ist daneben in vielen anderen Bereichen (Kunststoffindustrie, Arzneimittelproduktion, Straßenbau usw.) ein zentraler Rohstoff. Welche Wirkungen "gerechte" (Zu "gerechten" Rohstoffpreisen siehe auch 5.2) Erdölpreise tatsächlich gehabt hätten, kann nur vermutet werden.

1.5 Verteilungsspielräume durch Transfer von Süd nach Nord

Der Nettokapitaltransfer durch Umschuldungen und hohe Zinsen betrug allein 1988 37.6 Mrd. Dollar, allerdings in Richtung der Industriestaaten. Nicht berücksichtigt sind dabei trotzdem steigende Schulden.¹³ Die Zins- und Tilgungsrückzahlungen an die Bundesregierung (Kredite, Bürgschaften) betragen für die Länder des Südens von 1982-91 200 Mrd. DM.¹⁴ Hinzu kommen Schulden bei Banken, Unternehmen inc. Zinsrückzahlungen. Die Gesamtschuldenhöhe steigt weiter an.

An Mineralölsteuer nahm die BRD (mit neuen Bundesländern) 1991 47.3 Mrd. DM, an Tabaksteuer 19.6 Mrd. und Kaffeesteuer 2 Mrd. DM ein - zusammen also 69 Mrd. DM.¹⁵ Mit anteiliger Mehrwertsteuer sind es ca. 80 Mrd. DM. Auch Tabak und Kaffee (Erdöl siehe 1.4) wurden trotz hoher Steuereinnahmen Massenkonsumprodukte, für alle preiswert und erschwinglich. Verloren haben die Entwicklungsländer, die nur einen Bruchteil des Ladenpreises bekommen.

Die Mineralölsteuer im selben Zeitraum wie die Zinsrückzahlungen (82 - 91) mit durchschnittlich 24 Mrd. DM (alte Bundesländer) berechnet, ergibt eine verfügbare Summe von 240 Mrd. DM für den Bundeshaushalt. Nicht konkret bezifferbar sind die Gewinntransfers der Tochterunternehmen multinationaler Konzerne in den Entwicklungsländern. Nach dem Castro-Bericht von 1983 (Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten) bezifferte sich die Relation zwischen Direktinvestitionen und Profittransfer auf 1:2. Für einen neu investierten Dollar fließen zwei ab.¹⁶

Diese Summen flossen nicht nur auf Bankkonten in der Schweiz, sondern standen den Volkswirtschaften des "Nordens" zur Verfügung, um Investitionen zu tätigen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Verteilungsspielräume für Sozialausgaben, und Tarifauseinandersetzungen waren dadurch ebenfalls sehr viel größer. Der "Lebensstandard" in der BRD wäre ohne Ausbeutung der 3. Welt mit Sicherheit erheblich niedriger oder hätte nur durch schärfere soziale Auseinandersetzungen erstritten werden können.

1.6 Nicht verallgemeinerbarer Lebensstil der Industrienationen und erste Warnungen

Das, was die Menschheit heute in einem Jahr an fossilen Brennstoffen verbraucht, ist die Menge fossiler Rohstoffe, die auf der Erde in einer Million Jahren produziert wurde. Die Abbaurate für fossile Rohstoffe ist also eine Million mal größer als die Nachbildungsrate. Dabei hat die Menschheit von 1850 bis heute 1200 Milliarden Tonnen CO₂ freigesetzt. Davon entfallen 90% auf die Industrieländer, weniger als 10% auf die Entwicklungsländer.¹⁷

1980 verfügten die Industrieländer mit 26% Bevölkerung über 78% des Bruttosozialprodukts, 81% des Energieverbrauches und 88% des Eisenerzes.¹⁸ Die westlichen Industrieländer hatten 1989 mit 16% Weltbevölkerung einen Anteil am Weltwarenxport von 70%.¹⁹ Das Führungstrio der Welt (USA, Japan, BRD) hatte 1991 mit 8.4% der Weltbevölkerung einen Anteil am Weltsozialprodukt von 48.4%.²⁰ Ökonomisch konnte und kann dies nur durch eine systematische Ausplünderung der 3. Welt funktionieren.

Die reichsten 20 % der Weltbevölkerung verfügen über 82.7% des Welteinkommens, während die ärmsten 20% über 1.4% des Welteinkommens verfügen.²¹ Die Kosten allein für Kleidung, Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung lagen (in Deutschland) 1907 bei 85% des durchschnittlichen Haushaltsbudgets. 1990 hatten sich diese Kosten auf etwa 42% verringert und zwar der Tendenz nach bei Arbeitern, Angestellten und Beamten ähnlich.²² Damit besteht eine wesentlich bessere Dispositionsmöglichkeit für individuelle Entscheidungen (nicht mit Luxus zu verwechseln). Das "Traumziel" des Haus- und Wohnungseigentums wurde für viele erschwinglich. Waren es 1950 6% der Arbeiterhaushalte, die sich ihren Wunsch von den eigenen vier Wänden erfüllen konnten, so wuchs diese Zahl 1968 auf 32% und 1977 auf 39% an.²³

"...Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."²⁴ Neben der grundsätzlichen Befürwortung hat Karl Marx auch auf die Probleme einer Weltmarktwirtschaft hingewiesen.

Spätestens 1972 begannen neuere Diskussionen über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft. Mit "Grenzen des Wachstums" wurden anhand der damals aktuellen Daten Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung hochgerechnet. Die ökologischen Grenzen (absehbares Ende der natürlichen Ressourcen) einer lediglich auf steigendes Wirtschaftswachstum setzenden Weltwirtschaft wurden erstmals aufgezeigt.

1980 erschien "Global 2000" mit einer erneuten Warnung, die Politik zu bedenken. Wesentliche Aussagen des Berichts sind:

- ◆ Die Bevölkerungsexplosion nimmt weiter zu
- ◆ Die Zunahme erfolgt in den ärmsten Ländern.
- ◆ Der Reichtum der Industriestaaten und Armut der Entwicklungsländer klaffen immer weiter auseinander
- ◆ Nahrung für mehr Menschen, Übernutzung des Bodens, Abwanderung in Großstädte, Abholzung des Regenwaldes und Ausdehnung der Wüsten. Eine ständig nach oben steigende Spirale zeichnet sich ab.
- ◆ Die steigende Luftverschmutzung läßt eine Klimaverschiebung befürchten.
- ◆ Zunehmender Kohlendioxidausstoß wird einen merklichen Anstieg der Temperaturen mit der Folge steigenden Meeresspiegels und zunehmender Überflutungen bewirken.
- ◆ Zunehmende Vergiftung macht die Erde unbewohnbar und das Trinkwasser knapp.
- ◆ "Die Energieressourcen des Planeten werden auch im Jahre 2000 zu 98 % in den Industrienationen verbraucht."

"Trotz eines größeren materiellen Outputs werden die Menschen auf der Welt in vieler Hinsicht ärmer sein, als sie es heute sind."²⁵ In Zukunft werden deshalb viele Menschen aus wirtschaftlicher Not flüchten. Die Prognose globaler Flüchtlingsströme war neu hinzugekommen. 1987 erschien eine UNO-Studie zu Umwelt- und Entwicklungsfragen, die nach der Federführenden norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundlandt benannt wurde. Diese Studie führte aus, daß die Umwelt als Quelle allen Lebens durch zu stürmisches Wirtschaftswachstum in höchster Gefahr ist.

- ◆ Der Treibhauseffekt durch ständige Freisetzung von Kohlendioxid infolge steigenden Energiebedarfs (wobei ein Mensch in einem Industrieland zur Zeit etwa 80mal soviel Energie wie beispielsweise ein Afrikaner südlich der Sahara benötigt) wird das Klima verändern.
- ◆ Das Waldsterben (insbesondere in der BRD und Europa) und der Zwang von mehr als 700 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, ihre Umwelt zu überlasten, bedrohen das Überleben der Menschheit.
- ◆ Nationale Grenzen sind für diese neuen Bedrohungen völlig bedeutungslos! Nur eine Entwicklung auf Dauer kann eine Zukunft bieten. Dazu ist aber eine Umstrukturierung nationaler und internationaler Politik nötig.

"Die Warenproduktion bildet in aller Regel die Basis für Wachstum und Entwicklung ... Die Produktion müßte um das Fünf- bis Zehnfache erhöht werden, bis der Verbrauch von Fertigprodukten in den Entwicklungsländern das heutige Niveau der Industrieländer erreicht hätte ... Wie aber kann die Erde die Last einer solchen Industrieproduktion tragen, wenn wir heute schon an der Grenze der Belastbarkeit angelangt sind?"²⁶ Diese Studie belegte: Lebensstil und Wertvorstellungen der Industrienationen sind weder verallgemeinerbar, noch auf Zukunft fortzuführen.

Die Wachstumsillusionen, die einen ständig steigenden Lebensstandard mit Lebensqualität verwechseln, sind - trotz dieser Studien - ungebrochen. Auch in den neuen Werten des naturverträglichen Handelns setzen sich vor allem jene Vorstellungen durch, nach denen nach wie vor - umweltfreundlicher gestaltet - ungebrochen weiterproduziert wird.²⁷ Die Vorstellung, durch ständig mehr materielle Güter das Wohlbefinden der Menschen zu fördern, führt in eine Sackgasse. Änderungen der jetzigen Form des Wirtschaftens und "richtige" Entwicklung der Menschheit kann und darf andererseits nur durch ein "Vorleben" der Industrienationen und einen gemeinsamen Diskurs der Weltgemeinschaft stattfinden.

2. Problemaufriß der Gewerkschaften gegenüber den Mitgliedern und Funktionären

Ein zentrales Anliegen dieser Arbeit sollte eine Analyse sein, wie Gewerkschaften die Zusammenhänge der Armut von Entwicklungsländern und dem Reichtum der Industriestaaten thematisieren. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer haben mit der Situation ja in zweifacher Hinsicht zu tun. Sie sind einerseits als Verbraucher Nutznießer der Ausbeutung, andererseits durch den Produktionsprozeß an ihr beteiligt. Deswegen müssen Gewerkschaften sowohl organisationsintern als auch öffentlich und gegenüber den Mitgliedern Stellung beziehen. Wie, das soll im weiteren Verlauf analysiert werden.

Betrachtet wurde dabei ein Zeitraum von 10 Jahren, 1981 - 1990. Dieser Zeitraum entspricht dem "verlorenen Jahrzehnt", das die UNO in Bezug auf die Entwicklung der Dritten Welt feststellte.

Unter den gewerkschaftlichen Informationsquellen nimmt der direkte persönliche Kontakt zu Betriebsräten/Vertrauensleuten eine herausragende Rolle ein. Dieser Kontakt wird durch gewerkschaftlich gebildete Funktionäre oder durch Teilnahme an Seminaren ermöglicht. Leider ist es mir in dieser 6-Wochen nicht möglich, diesen wichtigen Bereich aufzuarbeiten. Dazu wäre nicht nur die Analyse spezieller Seminare (z.B. "Nord-Süd Konflikt"), sondern auch die Verflechtung in und mit allgemeinen Seminaren (z.B. Wirtschaftspolitische- oder Betriebsräteseminare) notwendig. Neben der Zeit ist es auch ein Problem, an entsprechende Quellen heranzukommen.

2.1 Printmedien

Neben dem direkten persönlichen Kontakt spielen gewerkschaftliche Printmedien wie Mitglieder- und Funktionärszeitungen eine wichtige Rolle. Von potentiellen Multiplikatoren werden sie nach einer sinus-Studie im Auftrag der IGM zu 80% genutzt und haben Öffentlichkeitscharakter durch Darstellung der Organisation nach außen. Für 51% der Betriebsräte und 45% der Vertrauensleute ist "Der Gewerkschafter" eine wichtige Informationsquelle.²⁸ Ähnlich dürfte es auch bei den anderen Gewerkschaften sein.

Aufgrund der Komplexität des Themas wurden bei der Analyse nur Artikel mit einem Mindestumfang von einer Seite untersucht. Die Veröffentlichungen wurden nach Stichworten wie "Armut, 3. Welt, Entwicklungshilfe, Schulden" usw. anhand der Inhaltsverzeichnisse untersucht. Zu den jeweiligen Fallbeispielen wurden - sofern möglich - auch die entsprechenden Artikel zugeordnet, so daß sie an dieser Stelle ausgewertet werden.

2.1.1 Mitgliederzeitungen (metall, Deutsche Post, Holzarbeiterzeitung)

Das Thema Weltwirtschaft und 3. Welt wird in den gewerkschaftlichen Mitgliederzeitungen unterschiedlich betrachtet. Die 3. Welt selbst wird dabei peripher gestrichen. Gemessen an der Vielzahl sonstiger Artikel ist die Darstellung von Problemen der 3. Welt sogar verschwindend gering. Alle 3 Veröffentlichungen boten zu den untersuchten Stichpunkten selbst fast keine Artikel. Wenn es doch Artikel gab, waren es vereinzelte Situationsdarstellungen, die aufgrund internationaler Gewerkschaftszusammenkünfte diskutiert wurden. Situationsbeschreibungen einzelner Entwicklungsländer gab es nur in Form von Kritik an der (Wirtschafts-) Politik nationaler Regierungen. Vereinzelt wurde auch die Politik von IWF und Weltbank verurteilt.

Weitaus häufigster Anlaß, Entwicklungen darzustellen und zu berichten, waren fehlende Gewerkschaftsrechte, Verfolgung von Gewerkschaftern, international schlechte Arbeitsbedingungen und direktes Engagement der Gewerkschaften. Nicaragua, Südafrika (und Polen) waren die mit Abstand am häufigsten erwähnten Länder durch den Südafrikaboykott und Arbeitsbrigaden in Nicaragua. Erst mit Abstand kamen Problemländer wie Mexiko und Brasilien und die gescheiterte Wirtschaftspolitik in diesen Ländern. Insgesamt betrachtet fand eine kontinuierliche und aktuelle Auseinandersetzung mit Ursachen der Armut der Entwicklungsländer nicht statt.

Der "Industriestandort Deutschland" spielte dagegen (nicht unbedingt überraschend) eine größere Rolle als alle Probleme der Dritten Welt zusammen.

- Rekordüberschüsse im Außenhandel,
- steigende Gewinne,
- niedrige Lohnstückkosten

sollten die gewerkschaftlichen Forderungen legitimieren. "Das Märchen vom gefährdeten Standort" (metall Nr. 8/88) drückt am treffendsten aus, was den Gewerkschaften wichtig war.

"Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Industriestandortes Bundesrepublik sind leistungsfähig und hochqualifiziert. Die von ihnen erarbeiteten Gewinne aber schaffen die Unternehmer ins Ausland." Daß es doch nicht ganz so einfach ist, kann einem Artikel der metall 21/89 entnommen werden. Über 3 Seiten wird die Situation der Unternehmer mit dem Stichwort "Gewinnexplosion" beschrieben. Lediglich ein separater kleiner Absatz weist auf eine Schwierigkeit hin. Unter der Überschrift "Weltmeister im Export" heißt es: "Die Kehrseite: Mit dem Warenausfuhrüberschuß wurde auch Arbeitslosigkeit exportiert. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit hier darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer im Ausland gelöst werden."

Die Studie "Global 2000", die durch metall (19/81) und Deutsche Post (17/81) vorgestellt wurde, bot die Möglichkeit, die Sichtweise der Gewerkschaften näher zu überprüfen. "Ein Planet wird unbewohnbar" hieß die Überschrift der metall. Relativ ausführlich wurde auf die Studie eingegangen. Die Folgen eines ungebremsen Wirtschaftswachstum und das weitere Abdriften der Entwicklungsländer wurden in vielen Details aufgelistet. Bereits in der Einleitung wird festgestellt:

"Auch die Politiker im Deutschen Bundestag haben mittlerweile festgestellt, daß es so nicht mehr weitergehen kann, beispielsweise mit der Verschmutzung unserer heimischen Flüsse und der Verseuchung der Nordsee."

Noch interessanter wird es beim Brundlandt-Bericht. Das Erscheinen des Berichtes hatte zur Folge, daß in metall 14/87 eine Zusammenfassung des Berichts gegeben wurde, Holzarbeiterzeitung 9/87 und Deutsche Post 22/88 veröffentlichten ähnliche Studienergebnisse. Neben einer drastischen Schilderung der Auswirkungen (1.6) fanden sich erstmals solche Passagen.

"Das vorherrschende Zivilisationsmodell und seine Dynamisierung bis an die Grenzen der Belastbarkeit des Planeten sind maßgebend für die globalen Ursachen." (HZ) "Entwicklung, Umweltschutz, Bevölkerungswachstum und die Fragen von Frieden...können nicht getrennt voneinander betrachtet werden." "Wieviel Wachstum hält die Erde überhaupt aus" und "Wir denken und handeln weitgehend nach unseren eigenen kurzfristigen Interessen, und wir übersehen leicht die Verflochtenheit allen politischen Handelns." (metall) "Nur durch radikale Eingriffe (in die Wirtschaft) können unsere Lebensgrundlagen gerettet werden." Also "Zeit zum Handeln". "Der Dialog zwischen Gewerkschaften, Handel und Industrie, Forschung und Kultur muß enger werden." schreibt metall. Solchen Sätzen sollten Taten folgen.

Ein weiterer Dialog in den Mitgliederzeitungen war jedoch nicht erkennbar. Es gab keinen Ansatz, daß durch die Studienergebnisse eine Reflexion oder gar Diskussion über die Konsequenzen für die Gewerkschaften oder Arbeitnehmer auch nur versucht worden ist. Es entstand - im Gegenteil - der Eindruck, daß aus einer Position gänzlich Unbeteiligter ein "lesens- und bedenkenswerter" (metall) Artikel veröffentlicht wurde. Völlig zynisch wirkt angesichts solcher Studienergebnisse folgende Passage (HZ 12/85): "...Trotzdem müssen wir den Völkern helfen, die ausgeschlossen sind vom Wohlstand der Industrienationen....Wir sollten an den Feiertagen daran denken." Eine Fotomontage auf dem Titelblatt dieser HZ-Ausgabe war Anlaß für die Zeilen. Sie ist Titelbild dieser 6-Wochen Arbeit.¹

Die Gewerkschaften sehen sich in der gesamten Auseinandersetzung scheinbar als "mahrende Instanz". Es stellt sich jedoch ernsthaft die Frage, wie sich "Industrie"-Gewerkschaften mit ihrem ureigensten Tätigkeitsbereich auseinandersetzen. Wenn das Industrie- und Zivilisationsmodell der Industrienationen die Ursache der globalen Zerstörung ist, müssen alle daran Beteiligten kritisch hinterfragen und hinterfragbar sein. Das gilt auch und gerade für die Gewerkschaften.

2.1.2 Funktionärszeitschriften (Der Gewerkschafter, Gewerkschaftliche Praxis)

Die Erwartung, daß sich in den Funktionärszeitschriften eine intensivere Auseinandersetzung ergeben würde, wurde enttäuscht. Gleichzeitig zeigten sich hier wichtige Unterschiede zwischen der Deutschen Postgewerkschaft und der IG Metall (Die GHK hat keine eigene Funktionärszeitschrift). In der "Gewerkschaftlichen Praxis" gab es im Gegensatz zur Deutschen Post weniger Berichte zur Dritten Welt. Der Putsch in Chile und Folgen der "Ultraliberalen" Marktwirtschaft (2/81) war die einzige Veröffentlichung, bevor es erstmals wieder in der Praxis 3/91 einen Artikel zum Thema Weltwirtschaft und Dritten Welt überhaupt gab. Den Funktionären der Postgewerkschaft blieben andere Themen vorbehalten.

¹ Für diese Ausgabe nicht mehr verfügbar, A.R.

Im Gewerkschafter gab es völlig konträre und teilweise polarisierte Betrachtungsweisen. Je nach Autor des Artikels war die Betrachtungsebene anders. Übergewicht wirtschaftspolitischer Betrachtung, vor allem Markt- und Gefährdungspotential, herrschte auch hier vor. Sie reichten von der Einschätzung "Wir sind nicht allein auf der Welt" (4/83) bis zu Äußerungen wie:

"Als zusätzliche Erschwernis aus deutscher Sicht kamen bedrohliche Verschiebungen in den Weltmarktanteilen hinzu. Erst waren es die japanischen Schiffbauer, die in knapp 20 Jahren die Hälfte der Weltproduktion an sich rissen..." (7/86). Die Dritte Welt wurde in diesem Zusammenhang folgendermaßen betrachtet:

"Protektionismus und Investitionsmüdigkeit in den Industrieländern sowie die Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer ließen Zuversicht eigentlich kaum aufkommen. Überdies verläuft der Trend gegen die Branche: ihr Weltmarktanteil sinkt seit langem - von 24 Prozent in 1970 auf 20 Prozent in 1983 -, während sich der Anteil der Japaner verdoppelte....Dort also, wo die zügige Anwendung moderner Technologie den Marktanteil bestimmt, dringen die Japaner vor und werden deutsche Maschinenbauer verdrängt."(6/84)

"Große Exportüberschüsse auch im Handel mit der Dritten Welt und im Osthandel. Kaufkraft- und Zahlungsprobleme setzen dem Export jedoch Grenzen." "Im Außenhandel mit Metallerzeugnissen ist die Dritte Welt weniger "Handelspartner" als vielmehr Absatzmarkt...Wir führen siebenmal mehr in die Entwicklungsländer aus als wir von dort an Metallerzeugnissen beziehen...Zugleich sind unsere Exporte von Metallerzeugnissen in die Dritte Welt - hauptsächlich Maschinen und Automobile - in den letzten Jahren sogar absolut zurückgegangen...Im Ganzen gesehen kann also keine Rede davon sein, daß es der bundesdeutschen Metallindustrie im Handel mit den "Niedriglohnländern" der Dritten Welt etwa an Konkurrenzkraft fehle. Die Exportüberschüsse gegenüber diesem Raum - auch in Asien - sprechen eindeutig dagegen. Exportnachteile entstehen vielmehr daraus, daß es vielen dieser Länder durch Niedriglöhne und Massenarbeitslosigkeit an Kaufkraft fehlt."(12/85)

"Die großen Alu-Konzerne haben inzwischen an Gewicht verloren; ihr Weltmarktanteil beträgt nur noch 50 Prozent. Die Länder der Dritten Welt haben aufgeholt."(10/86)

Eine Beilage im Gewerkschafter 10/87 mit dem Titel "Aluminiumindustrie im Strukturwandel" formuliert als Positionspapier (mit der Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik erstellt) folgendes:

"Die neuen Anlagen in den Rohstoffländern...um durch den Export wenigstens eines Teils der Produktion dringend benötigte Devisen zu erhalten, drängen die produzierten Mengen auf die Traditionsmärkte der Industrieländer...Resultat der Exportoffensive: Der Anteil der Dritten Welt am Weltexport von Rohaluminium hat sich seit 1973 (neun Prozent) bis heute mehr als verdreifacht. Folge der reichlichen Marktversorgung mit Rohaluminium sind hier die Verschärfung des Wettbewerbs und ein permanenter Druck auf die Preise. Der rückläufige Dollarkurs gegenüber der Deutschen Mark verschlechtert die Preissituation des deutschen Aluminiums zusätzlich...Eine der Konsequenzen der weltweiten überkapazitäten ist in der BRD zum Beispiel die Stilllegung der VAW-Oxidfabrik in Lenen im Herbst 1987."

Weitergehendere Ausnahmen gab es dennoch in Form von Schwerpunktthemen. Schwerpunktthemen behandelten umfangreich und unter verschiedenen Gesichtspunkten die Armut und die Schuldenkrise mit jeweils ca. 16 -18 Seiten. Dennoch schien es, als zögerte man, den letzten Schritt zu tun. Eigener Handlungsbedarf wurde nicht ausdrücklich festgestellt. Die IGM sah sich auch hier als mahnenden Beobachter. Das Schwerpunktthema 12/84 soll hier als Beispiel dienen.

"Niemand muß Hungern" lautete die zentrale Eingangsthese. Sojaanbau - für Devisen/Weltmarktexport - führt zur Stagnation bei der Produktion von Grundnahrungsmitteln. Größter Sojaabnehmer Brasiliens ist die EG. Immer mehr Futtermittel der EG kommen aus Ländern der Dritten Welt. 1981 waren es rund 43% in der EG, in der BRD sogar 50%. Die deutschen oder europäischen Landwirte konnten wegen der billigen Futtermittelimporte die Verbraucher mit steigenden Mengen tierischer Veredelungsprodukte zu niedrigen Preisen versorgen. (So entstand auch der Milchüberschuß.) Die Umstellung auf Exportprodukte in Thailand benötigt immer größere Flächen, die der bäuerlichen Produktion lebensnotwendiger Grundnahrungsmittel verlorengehen. Diese Luxusfrüchte (z.B. Ananas) mit niedrigem Nährwert werden im globalen Supermarkt des Nordens angeboten. Nahrungsmittelhilfen und hochsubventionierte Weizen- oder Fleischexporte in die dadurch entstehenden Hungerzonen vernichten zusätzlich die Subsistenzmöglichkeiten der Entwicklungsländer. Die Kehrseite der Medaille: Um eine Kalorie Brot zu erzeugen, bedarf es einer Kalorie Weizen. Aber um eine Kalorie tierische Nahrung zu produzieren, sind im Schnitt sieben Weizenkalorien nötig. Oder anders herum: Ein weltweites Ernährungssystem auf der Basis des amerikanischen - mit seinem intensiven Einsatz von Maschinen, Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln - würde 80% des heutigen Weltenergieverbrauchs beanspruchen.

Solch fundamentalen Erkenntnissen stehen am Schluß die zusammenfassenden "Thesen zum Thema" gegenüber. In These 8 heißt es: "Dauerhaft kann die Ernährungssituation nur durch eine Änderung der Machtverhältnisse in den betreffenden Ländern verbessert werden..." Angesichts der in der Dokumentation erstellten Fakten eine offensichtlich unrichtige These. Empfehlung des "Gewerkschafters": "Im Betrieb diskutieren".

Der Gewerkschafter 10/87 befaßte sich in gleicher Ausführlichkeit (wie 12/84) mit der Schuldenkrise. Die Thesen 2, 7 und 9 besagen zusammengefaßt folgendes: "Die Rechnung ist für die Dritte Welt nicht aufgegangen. Sie wird in gigantischem Ausmaß ausgeplündert. Wenn nichts geschieht, droht ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Für die Industrieländer bedeutet das einen schlagartiger Ausfall von Exportmärkten und die Arbeitslosigkeit würde sich verdoppeln oder verdreifachen." Womit das zentrale Problem der Gewerkschaften wieder greifbar ist.

"Die andere Zukunft", der Zukunftskongress der IGM, sollte auch über Entwicklungspolitik einen Diskurs eröffnen. Dazu wurden - beginnend im Gewerkschafter 2/88 - kontroverse Veröffentlichungen als Begleitung des Kongresses abgedruckt. (siehe dazu 2.4) Leider scheint es nach dem Zukunftskongreß keine erklärte Absicht mehr zu sein, die kritische Diskussion weiterzutreiben. Das Autoproblem hat die Diskussion um die Dritte Welt verdrängt. Lediglich die Ausgabe 8/90 unter dem Titel "Kapitalismus ohne Alternative?" bezieht die 3. Welt nochmals mit ein. These 8 lautet zum ersten Mal: "Weltweit leben die starken Staaten auf Kosten der schwachen."

2.2 Kongreßbeschlüsse

Im Zeitraum von 1981 - 1991 fanden bei den Gewerkschaften je 3 Gewerkschaftstage bzw. Kongresse statt. Die letzten waren bei allen 3 Gewerkschaften 1989. (IGM in Berlin, DPG in Mannheim, GHK in Würzburg). Die Beurteilung der Kongreßbeschlüsse erfolgt aufgrund der jeweils dazu veröffentlichten Geschäftsberichte und beschlossenen Anträge, ohne Diskussionsverlauf.

Die Situation der Dritten Welt wurde bei der DPG und IGM in den Geschäftsberichten folgendermaßen charakterisiert:

"Für die Entwicklungsländer wirkte sich die Krisensituation verheerend aus....Hunger und Elend für Millionen Menschen in den unterentwickelten Ländern (Geschäftsbericht 1983, IGM)...Die Krise in den Industrieländern hat die Probleme der Entwicklungsländer noch verschärft. Ihre Verschuldung ist dramatisch gestiegen... (Geschäftsbericht 1986, IGM) ...Armut und soziale Ungerechtigkeit haben zugenommen. Die Ideologie des Monetarismus leistet dabei Vorschub, indem der Staat systematisch zurückgedrängt wird. Das freie Spiel der Kräfte fördert die Starken, und schwächt die Armen... (Geschäftsbericht 1989, DPG)Ein Schuldenerlaß ist erst in wenigen Fällen realisiert worden, während für einen Großteil der Schuldner- länder die Chance einer sich selbst tragenden Entwicklung in immer größere Ferne rückte.... (Geschäftsbericht 1989, IGM)". In der GHK schien es (außer bei Tropenholz) kein erwähnenswertes Thema zu sein. Gemessen am Gesamtumfang der Geschäftsberichte der IGM und DPG wurde es auch hier nur marginal thematisiert.

Internationale Gewerkschaftsarbeit wurde schon ausführlicher dargestellt. Sie fand in den Gremien des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und Internationalen Bundes der Freien Gewerkschaften (IBFG) sowie den einzelnen Fachorganisationen (IMB, IPTT, IBBH) statt.

"Sowohl in der multilateralen Arbeit in IMB und EMB, als auch bei den bilateralen Kontakten galt es, die Solidarität der Arbeitnehmer in den Industrienationen dem Diktat der Konkurrenz entgegenzustellen, galt es, der konservativen Gängelung der verschuldeten Länder der Dritten Welt die Stärkung von Demokratie und Gewerkschaften entgegenzustellen." meinte die IGM 1986 in ihrem Geschäftsbericht. Ähnlich auch DPG und GHK.

Der 14. IBFG-Kongress (1988) mit dem Thema "Wandel als Herausforderung: Künftige Aufgaben für die Internationale freie Gewerkschaftsbewegung;" befaßte sich mit der zunehmenden Macht der multinationalen Konzerne und der Koordination der Arbeit im IBFG, da es national immer schwieriger wurde, Gewerkschaftsarbeit zu erledigen.²⁹ Immer stärker setzte sich die Erkenntnis durch, daß zunehmende Konzentration und Ausbreitung transnationaler Konzerne einer internationalen Betrachtung und Zusammenarbeit bedarf. Antrag A 151 auf dem IGM-Kongreß von 1983 formulierte:

"...Um diesem Machtzuwachs multinationaler Konzerne noch wirksamer entgegenzutreten zu können, wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert:

1. Gewerkschaftliche Strategien zur Einschränkung der Macht der multinationalen Konzerne zu entwickeln;
2. Zur Verbesserung des Informationsflusses sowie zur wirksamen Vertretung der Beschäftigten öfter als bisher Treffen betrieblicher Interessensvertreter von internationalen Konzerne durchzuführen."

Antrag A 376 auf dem 16. DPG-Kongreß 1989 forderte:

"Europapolitik wird zunehmend zur Innenpolitik....Die noch immer bestehenden nationalen Betrachtungsweisen müssen zugunsten einer europäischen Sicht zurückgestellt werden....

Bei grenzüberschreitenden Unternehmen mit europäischen Führungsstrukturen sind Einflußmöglichkeiten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf die Unternehmensentscheidungen sicherzustellen....ebenso wie gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer an allen bedeutsamen Unternehmensentscheidungen sowie ihre gleichberechtigte Beteiligung bei der Zusammensetzung der Aufsichts- und Kontrollorgane."

Die IGM formulierte die Schwierigkeiten im Geschäftsbericht 1989 so:

"Diese Konzentrations- und Fusionswelle, wie auch die zunehmende Multinationalisierung mittelständischer Unternehmen, vergrößern die Schwierigkeiten einer effektiven Interessenvertretung durch die Gewerkschaften und machen internationale Zusammenarbeit mehr denn je notwendig."

Machtkonzentration multinationaler Konzerne stand zunehmendem Verlust gewerkschaftlicher Einflußmöglichkeiten gegenüber. Reaktion auf diesen Machtverlust der Gewerkschaften war eine Übertragung traditioneller Mitbestimmungsforderungen auf europäische (vereinzelt auch internationale) Ebene.

Armut der Dritten Welt und Reichtum der Industrienationen fand dagegen keinen Niederschlag. Lediglich einzelne Punkte waren in Anträgen zu finden, z.B. im Antrag A 383 auf dem 16. DPG-Kongreß, der unter Punkt 1.8 einen "fairen und ausgeglichenen Handel mit den Entwicklungsländern" fordert. Antrag A 386 (16. Kongreß) fordert von guter bilateraler und internationaler Gewerkschaftsarbeit ein "gemeinsames Konzept zur Überwindung von Hunger und Elend in der Welt." In der Regel waren die Anträge jedoch viel allgemeiner formuliert. Solidarität mit den Arbeitnehmern anderer Länder wurde in den meisten Fällen eingefordert. "Der Hauptvorstand der DPG wird beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Projekte und Arbeitsgruppen der DPG in Entwicklungsländern aktiv zu unterstützen. Dies muß sowohl in finanzieller als auch in ideeller Form erfolgen;" heißt es in Antrag 390 (16. Kongreß). Üblicherweise wurde der jeweilige Hauptvorstand aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken.

Konkrete Projekte waren oft einziger Anlaß, sich mit der Dritten Welt zu beschäftigen. Auf dem Kongreß der GHK 1981 standen dem (einzigem) Antrag A 60, der eine Sammlung zu Gunsten von Waisenkindern in Vietnam forderte, 10 Anträge zur Erhöhung der Kilometerpauschale gegenüber. 1985 forderte bei der GHK der (einzigem) Antrag A 41 eine Spendenaktion für Nikaragua.

Eine kritische Betrachtung des Wirtschaftssystems fand nur spärlich statt. Von einer Auseinandersetzung kann nicht gesprochen werden, da nur vereinzelte Punkte in Anträgen auftauchten. Antrag A 62 auf dem 14. IGM-Kongreß (1983) forderte beispielsweise:

"Ergänzend zur zentralen Forderung nach Einführung der 35-Stunden Woche sind weitere Überlegungen und Maßnahmen notwendig. Der Vorstand der IGM wird daher aufgefordert, ein Programm für gesellschaftlich sinnvolle Produkte sowie Strategien und Formen zu ihrer Durchsetzung, insbesondere im Rahmen der Tarifpolitik und der Mitbestimmungspolitik, zu entwickeln." Beschluß: Material an den Vorstand.

Antrag 127 vom 15. Kongreß meint zu "Alternativen zu unserem Wirtschaftssystem:"

"Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, schnellstmöglich Materialien zu erstellen, die unsere Alternativen zum jetzigen Wirtschaftssystem aufzeigen und unsere Forderungen nach

- Einführung von Wirtschafts- und Sozialräten
- Ausweitung der Mitbestimmung

einem großen Kreis unserer Mitglieder verständlicher machen." Angenommen als Material an den Vorstand.

Entschließung Nr. 7 des 16. Ordentlichen Kongresses der IGM könnte allerdings die Voraussetzung einer interessanten Zukunftsdebatte sein. Sie stellt fest, daß dramatische soziale Fehlentwicklungen und falsche gesellschaftliche Weichenstellung durch grundlegende Konstruktionsmängel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Verursacht wird. Obwohl diese Formulierung nicht ausdrücklich die Beziehung Nord-Süd meint, ist sie doch Ausgangsthese weiterer Forderungen, die unter 2.3 "Weltwirtschaftliche Alternativen" lauten:

"Der Gewerkschaftstag wendet sich mit Nachdruck gegen das neokonservative Konzept, das auf den Mißbrauch der verschärften weltwirtschaftlichen Konkurrenz für die politischen und ökonomischen Interessen des Kapitals zielt....unterstreicht...die Dringlichkeit eines Konzepts der solidarischen weltwirtschaftlichen Kooperation."

Praktische weltwirtschaftliche Reformschritte stellt sich die Entschließung so vor:

- Abgestimmte Initiativen der Regierungen für die generelle Steigerung der öffentliche Investitionen und die gezielt Stärkung von privaten Investitionen und der
- Ausbau europäischer Strukturpolitik in Kombination mit Förderprogrammen sollen die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Europa einleiten.

IWF und Weltbank müssen ihre Politik in den Dienst der Dritten Welt stellen. Undemokratische Binnenstrukturen und ungerechte Weltmarktstrukturen dürfen nicht unangetastet bleiben. Gleichzeitig muß die Debatte über Perspektiven und Zwischenschritte neu belebt werden. Entschlossene entwicklungspolitische Solidarisierung mit der Dritten Welt, weltwirtschaftliche Fragestellungen und Herausforderungen müssen in der gewerkschaftlichen Praxis ein größeres Gewicht gewinnen. Durch soziale und ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft, vor allem durch beschleunigtes qualitatives Wachstum und soziale Gestaltung des technischen Wandels sollen die Selbstverwirklichung des Menschen in der Arbeit und die Nutzung der Produktivkräfte für den gesellschaftlichen Bedarf erreicht werden.

Eine interessante Zukunftsdebatte könnte sich deswegen entwickeln, weil als Material zu E 7 der Antrag A 267 angenommen wurde. Wenn er ernstgenommen wird, muß folgendes diskutiert werden:

- Welche Inhalte soll Arbeit in Zukunft haben?
- Wie wird die allgemein geforderte Sozial- und Umweltverträglichkeit von Produkten und Produktionsverfahren erreicht?
- Sind Produktivität und Wirtschaftswachstum die allein maßgeblichen Kriterien für eine "gesunde Wirtschaft"?
- Brauchen wir einen anderen Begriff von "Wohlstand"?

2.3 Positionen der Abteilungen Internationales

Zur Ergänzung gewerkschaftlicher Aussagen für diese 6-Wochen-Arbeit konnte ich 2 Interviews führen. Für die IG Metall wurde Kollege Robert Steyert und für die DPG Kollege Franz Tremel befragt (beide Abteilungsleiter). Die GHK konnte ich durch den Sitz in Düsseldorf (Entfernung) nicht heranziehen. Die Interviews werden nicht in der Reihenfolge und dem Wortlaut wiedergegeben, sondern sinngemäß aufbereitet.

Beide Abteilungen hatten ähnliche allgemeine Betrachtungsweisen. Wohlstand durch Armut, profitierende Arbeitnehmer der Ausbeutung der Dritten Welt und nicht verallgemeinerbares Wohlstandsmodell wurden als Positionen geteilt. Probleme wurden in der Umsetzung des Themas hin zu den Mitgliedern gesehen; es ist nicht interessant genug und zu theoretisch für die Mitglieder. Engagement und Interesse sind nur bei persönlicher Betroffenheit zu erwarten. Gleiche Probleme wie Solidaritätsgruppen haben auch die Gewerkschaften.

"Es wird nicht hinterfragt, woher der Wohlstand auf der einen Seite und die Armut auf der anderen kommt." Moralisch sind die Mitglieder eventuell sogar bereit, höhere Preise zu zahlen, zumindest kann darüber diskutiert werden. Allerdings gibt es momentan keine Sicherheit, daß auch wirklich die Arbeitnehmer der Dritten Welt davon profitieren. Niemand sieht es gerne, wenn die Diktatoren dieser Länder oder transnationale Konzerne das Geld kassieren. Dann besteht keine Bereitschaft mehr. Gleichzeitig muß also die Verteilung und Wirtschaftsordnung mit angesprochen werden.

Bedacht werden muß noch, daß höhere Preise und Weitergabe in Form von Löhnen die Kosten für Produkte in die Höhe treiben. Investitionen in die Dritte Welt können damit wegen schlechterer Infrastruktur uninteressant sein und zurückgezogen werden. Dann ist nichts erreicht. Sollte das Thema tatsächlich diskutiert werden, muß es ähnlich wie bei der 35-Stunden Woche laufen, d.h. es muß nach unten gedrückt werden, also "von oben" angestoßen. Demokratie und gewerkschaftliche Interessen verbieten es dabei, gegen Mitgliederinteressen zu handeln. Gewerkschaften haben die ursprüngliche Aufgabe, ihre Mitglieder und deren Interessen nachdrücklich zu vertreten. Dennoch kann das Thema Dritte Welt in die Mitgliedschaft transportiert werden, wenn Alternativen aufgezeigt werden. "Wenn es nur eine Welt gibt, dann müssen auch mal unangenehme Dinge gesagt werden."

Soweit zu den Gemeinsamkeiten. Es stellten sich aber auch erhebliche Unterschiede heraus.

2.3.1 IG-Metall

Wie die Problemschwerpunkte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden und welchen Einfluß bzw. Berührungspunkte mit anderen Abteilungen die Abteilung Internationales der IGM hat, war ein Schwerpunkt der Diskussion. Dazu folgende Zusammenfassung:

Die größten Möglichkeiten, Diskussionen in die Betriebe zu bringen, werden bei direkter Betroffenheit gesehen. Wenn z.B. Betriebe im Produktionsverbund sind (Mexiko/Wolfsburg), gibt es zahlreiche Ansatzpunkte. Hier gibt es auch gewerkschaftliche Solidaritätsgruppen, mit Arbeitsgruppen für spezielle Länder, die teilweise Austausch betreiben.

Diese Solidaritätsgruppen bilden einen wichtigen Bestandteil innergewerkschaftlicher Diskussion zum Thema Dritte Welt, haben aber erhebliche Schwierigkeiten und Probleme in der Umsetzung.

"Die KollegInnen gehen lieber auf den Fußballplatz, als zu Veranstaltungen zur Dritten Welt." An die Mitglieder heranzukommen, stellt sich mithin als Hauptproblem dar. Gewerkschaftliche Informationsangebote (z.B. Artikel) stehen in Konkurrenz zu anderen Veröffentlichungen. Individuelle Probleme der Mitglieder und der Sozialplan stehen höher als das Thema 3. Welt.

Es ist schwierig, entsprechende Berichte selbst in gewerkschaftlichen Medien unterzubringen. Die metall als Bildzeitung für die Mitglieder hat damit noch mehr Schwierigkeiten, als der Gewerkschafter, der an Funktionäre gerichtet ist. Bei Funktionären kann durch Seminarbesuche ein höherer Anspruch vorausgesetzt werden. Wirtschaftsberichte im Gewerkschafter müssen eine globale Betrachtungsweise haben, deswegen bleibt für eine entsprechende Aufbereitung des Themas Dritte Welt nur ein geringer Raum.

Hauptansatzpunkt sind deswegen Seminarangebote. In einer Woche kann wesentlich mehr und intensiver behandelt werden als in Artikeln oder Veranstaltungen. Ein entsprechendes Angebot ist vorhanden - allerdings überwiegend beim DGB. Dies ist auch sinnvoll, um sich austauschen zu können und nicht nur den eigenen Bereich intensiv zu behandeln. Der DGB kommt leichter an öffentliche Mittel und die Unterbringung im eigenen Seminarprogramm (der IGM) ist wegen der vielen anderen Seminare schwierig. In absehbarer Zeit wird es keine Ausweitung des Seminarangebots geben, folglich auch zum Thema Dritte Welt nur wenig angeboten werden. Durch die neuen Bundesländer müssen viele völlig unerfahrene KollegInnen geschult werden. Darauf muß Rücksicht genommen werden. Außerdem liegt es nicht im vordergründigen Interesse der neuen Mitglieder, Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt zu diskutieren. Die angebotenen Seminare werden unterschiedlich genutzt. In letzter Zeit ist es aber ein sehr eingeschränkter Kreis - man sieht oft die selben Gesichter.

Gibt es eine internationale Zusammenarbeit oder auch eine Zusammenarbeit mit anderen Einzelgewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen, um den Verflechtungen gerecht zu werden? Das war der zweite Schwerpunkt, der betrachtet wurde.

Die Vernetzung der großen Konzerne und ihre Strukturen führen zwangsläufig zu Kooperationen. Dafür ist im wesentlichen der Internationale Metallgewerkschaftsbund zuständig. Große Probleme gibt es mit den Strukturen und Ansichten anderer Gewerkschaften. Sie sehen z.B. ein Schulungsheim der IGM und wollen auch so eines haben. Dabei ist das in diesen Ländern überhaupt nicht sinnvoll. Mehrere kleine und dezentrale Einrichtungen würden wesentlich mehr Mitgliedern die Möglichkeit geben, an Seminaren teilzunehmen.

Fehlende Informationen und zu wenig Ansprechpartner vor Ort bereiten ebenfalls großes Kopfzerbrechen. Mit der heutigen (billigen) Technik müßte es eigentlich machbar sein, bei Streiks in anderen Ländern durch entsprechende Informationen bei uns Sonderschichten zu vermeiden. Erforderlich ist eine entsprechende Ausbildung. Die Betriebsleitung bei VW in Wolfsburg begründet Sonderschichten nicht. Wenn dann in Mexiko gestreikt wird und es weiß keiner, kann nicht reagiert werden. Die Finanzierungsschwierigkeiten internationaler Austauschprogramme sind ebenfalls nicht zu unterschätzen. Trotz allem ist der Versuch zur Zusammenarbeit da - wenn sie auch sehr schwer ist.

Diskussionsansätze, mit dem DGB struktur- und branchen bergreifend zusammenzuarbeiten, sind nicht bekannt. Die Tendenz ist vielmehr, den DGB nicht zu stärken und eher bilaterale Gespräche mit anderen Gewerkschaften zu führen. Zusammenarbeit mit anderen 3. Welt Gruppen läuft - ähnlich wie die Bildungsarbeit - über das Nord-Süd-Netz des DGB. Darüber gab es sicher einmal einen Grundsatzbeschuß, im wesentlichen ist es jedoch eine Entwicklung. Beim Nord-Süd-Netz handelt es sich um eine "Ausgründung" aus dem DGB, um leichter an öffentliche Gelder und Spenden heranzukommen. Auch hier stellt sich das zentrale Problem der Finanzierung. Probleme gemeinsamer Arbeit und des "sich öffnens" gab und gibt es für alle Beteiligten. Zusammenarbeit kann nur mit Gruppen demokratischer Art laufen und sie müssen bestimmte Dinge akzeptieren. Die IGM läßt sich nicht einfach vorschreiben, worüber diskutiert wird und wie die Arbeit zu laufen hat. Nur eine gleichberechtigte Diskussion aller Beteiligten kann zum Erfolg führen. Auseinandersetzung ist möglich, aber die Beteiligten müssen akzeptieren, daß sie nicht der Nabel der Welt sind.

Für die IG Metall setzte Kollege Steyert das Grundverständnis bei den Sekretären und innerhalb der Organisation voraus. Konkrete Schwierigkeiten sah er in der Arbeitsbelastung der entsprechenden KollegInnen, die eine kontinuierliche Umsetzung verhindert. Bei der IGM schien also vordergründig nur ein Umsetzungsproblem vorhanden zu sein. Das Selbstverständnis der IG Metall hat ein entsprechendes Problembewußtsein vieler Funktionsträger sicher zur Folge. Ob daraus aber entsprechende (Be-) Schlüsse oder gar Aktivitäten folgen, ist trotzdem fraglich. Der größte Widerspruch ist der wiederholte Verweis auf Aktivitäten des DGB (Seminare, Nord-Süd-Netz), während eine Tendenz zu stärkerer Zusammenarbeit mit dem DGB nicht erkennbar ist. Hier stellt sich sogar die Frage, inwieweit nicht "unwichtige" Tätigkeiten auf den DGB verlagert wurden, um selbst "wichtige" Aufgaben wahrnehmen zu können. Ob die IG Metall durchgängig über dieses Problembewußtsein verfügt, ist ebenfalls sehr zweifelhaft. Zumindest betroffene Betriebsräte können relativ große Probleme haben (und bereiten), internationale Solidarität bei den KollegInnen konkreter zu machen. Wie damit innerhalb der IG Metall umgegangen wird, welche Kritik es bei der Positionsfindung und eventueller Umsetzung gibt, war nicht Gegenstand der Diskussion. Es ist allerdings zu vermuten, daß es sehr viel schwieriger ist, solche theoretischen Erkenntnisse innerhalb der Organisation in die Praxis umzusetzen, als aus dem Interview hervorgeht. Am Desinteresse der Mitglieder allein kann es nicht liegen, daß so viele Versuche gar nicht stattfinden oder scheitern.

2.3.2 Deutsche Postgewerkschaft

Welchen Stellenwert dieses Thema einnimmt und welche Position die DPG dazu hat, war Schwerpunkt dieses Interviews. Hier die Zusammenfassung:

Problembewußtsein ist in der Postgewerkschaft nicht breit verankert. Außer der Abteilung Internationales gibt es niemanden, für den das Thema Armut in der 3. Welt ein gewerkschaftspolitisches Problem darstellt. Kritisch hinterfragt, spielte es ein einziges mal innerhalb der Organisation eine Rolle. Die Veröffentlichung der Berichte der Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt ergab eine sich langsam entwickelnde Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seminar-konzepte wurden entworfen und im zentralen Bildungszentrum wurden Abendveranstaltungen auf allen Lehrgängen durchgeführt. Weiter drang das Thema allerdings nicht in die Organisation. Es entstand kein großes Aufwachen - und wieviel Menschen kann man schulen?

Lediglich einzelne Solidaritätsgruppen, speziell zu Nicaragua, arbeiteten kontinuierlich. Daß es in der Gewerkschaftlichen Praxis dazu in 10 Jahren keinen Artikel gab, war in dieser Konsequenz nicht bekannt. Es ist aber kennzeichnend für die Situation. Die einzige Möglichkeit für die Abteilung war die Möglichkeit der Veröffentlichung von Berichten über die Aufbauarbeit in anderen Ländern (Gewerkschaftsrechte) und der "Hilfe zur Selbsthilfe". Während des gesamten Zeitraums gab es auch keine Anträge an den Hauptvorstand, die die Abteilung hätte aufgreifen können, um in die Diskussion zu kommen.

Auf dem Strategie- und Satzungskongreß 1992 gab es erstmals einen Antrag (A 487 - Gewerkschaften in einer veränderten Welt), der die Diskussion eröffnen sollte.

"Massenelend, Bevölkerungsexplosion, wie auch die Umweltzerstörung sind das Ergebnis extremer sozialer Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd....Die Wirtschaftsweise der Industrieländer ist daher auf Dauer das größte globale Sicherheitsrisiko...Wir müssen uns verdeutlichen: wir leben in EINER WELT. Längst überfällig ist eine neue Weltordnung, eine neue Weltwirtschaftsordnung und globales Umweltdenken."

"Zur Vermeidung weiterer militärischer Konflikte muß die Chance genutzt werden, um die Vereinten Nationen (UNO) bis hin zu einem zwischenstaatlichen Gewaltmonopol zu stärken. Dies setzt eine Demokratisierung der Vereinten Nationen sowie eine stärkere Einbeziehung der Dritten Welt an den Entscheidungen voraus. Das bedeutet eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer im UN-Sicherheitsrat..."

Eingebracht von der Abteilung Internationales sollten diese zwei Hauptpositionen - neben einer weiteren, detaillierten Positionsbeschreibung - eine kritische Diskussion eröffnen, die bei der Postgewerkschaft schon lange überfällig ist.

"Ich verstehe es als Anfang einer notwendigen Diskussion innerhalb der DPG, nicht nur immer seinen engen Bereich zu sehen. Und auch nicht nur immer die Kapitalismuskritik ganz konkret bezogen auf unseren hiesigen Arbeitgeber, sondern in der weltpolitischen Betrachtung zu sehen, zu erkennen daß da Multis ganz kosequent langfristige Ziele verfolgen;" meint Franz Tremel dazu. Daß es geht, beweist das Beispiel Telekommunikation (zu Telekommunikation siehe 3.2). (Beschlossen wurde der Antrag, über den weiteren Verlauf der Diskussion aber ist Skepsis angebracht, wenn die bisherige Verfahrensweise betrachtet wird. A.R.)

Erst jetzt, durch die ökonomische Potenz der DBP-Telekom und der Bildung von Töchtern, dringt langsam die Erkenntnis durch, daß internationale Zusammenhänge wichtig sind. Darum müssen die Gewerkschaften dies auch thematisieren. Gewerkschaftspolitik hat auf Nationaler Ebene nicht mehr so viel Gewicht. Während in der internationalen Arbeit das Thema Nord-Süd-Konflikt eine sehr große Rolle spielt und ständig thematisiert wird, gibt es enorme Schwierigkeiten, das Thema in die Vorstände (inc. die Bezirksvorstände) zu transportieren. Es ist zu weit weg und die Vorstände haben Schwierigkeiten, allein schon das Thema EG und die Auswirkungen zu verstehen. Wenn die Gewerkschaften die Chance nicht nutzen, Kompetenzen auf internationale Ebene abzugeben und weiterhin Kirchturmpolitik betreiben, tragen sie mit zur weiteren Negativentwicklung bei.

Wie bei der Abteilung Internationales das Thema Nord-Süd Konflikt und die Schwierigkeiten der Postgewerkschaft damit gesehen wird, konnte ich dankenswerter Weise einem überreichten Protokoll entnehmen. Zusammengefaßt wurden Aussagen einer Tagung "Gewerkschaftsarbeit und Entwicklungspolitik" vom 15. - 21.09.1991 in Gladenbach.

Hochrangige ReferentInnen stellten internationale Zusammenhänge dar. Ein Bericht befasste sich mit der "Deutschen Postgewerkschaft und die Entwicklungspolitik."

"Nicaragua-Projekt seit 1986: Artikel in der "Deutschen Post" vom Bezirk Hessen wurde nicht veröffentlicht, weil HV in Nicaragua war; der Arbeitskreis wird den Versuch unternehmen, einen Artikel über das Thema "Gewerkschaften und Entwicklungspolitik" zu verfassen und in der Deutschen Post zu veröffentlichen....über den Aufbau einer ESK-Anlage in einem Wahlbüro in Managua wurde ein Artikel verfaßt, der aber von den Zuständigen bei der Deutschen Post immer wieder umgeändert wurde.....Bezirke haben Angst, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten (Mitgliederverlust); Motivation wecken ...Forderung: Schaffung menschenfreundlicher Produktionsverfahren."

Als konkrete Handlungsmöglichkeiten wurde gesehen:

- ◆ Nachforschen: Was macht Siemens in der Entwicklungspolitik? - Herausforderung an uns!
- ◆ Tropenhölzer: Beim BMPT (Bundesministerium für Post- und Tele kommunikation) erreichen, daß einheimische Hölzer verwendet werden!
- ◆ Bildung eines Referentenpools, gegenseitige Information, Hilfe bei der Organisation von Veranstaltungen zum Thema
- ◆ Informationspolitik starten, Anlässe wie die Jahrfeiern zu "500 Jahre Kolonialismus" aufgreifen.

Der Entwurf eines Artikels für die "Deutsche Post" enthält folgende Passagen:

"...Die Liste der drängenden Probleme, mit denen sich die DPG auseinanderzusetzen hat, ließe sich beliebig fortführen. Soll sie sich da auch noch in Fragen der Entwicklungspolitik engagieren? Sie soll nicht, sie muß!!!Nicht die sogenannte Dritte Welt, sondern wir müssen uns entwickeln!.....Hauptursache dieser aktuellen Fluchtbewegung nicht Hunger, sondern Hoffnungslosigkeit ist. Hoffnungslosigkeit, die in den Industrieländern produziert wurde."

Dieser Artikel wurde - bis heute - nicht veröffentlicht.

Für den Kollegen Franz Tremel von der Postgewerkschaft stellte sich die Situation also völlig anders dar als in der IGM. Die Abteilung Internationales ist bei der Postgewerkschaft eine Miniaturabteilung mit 3 Personen. Sie ist zuständig vom EG-Binnenmarkt bis zu Solidaritätsprojekten und konkreten Hilfestellungen für Einzelgewerkschaften in anderen Ländern. Neben Arbeitsbelastung ist das größte Problem also die Akzeptanz des Themas innerhalb der Organisation. Damit dürfte die DPG unter den Gewerkschaften aber nicht allein dastehen. Für eine zukünftige Entwicklung zur Lösung globaler Probleme eine denkbar schlechte Startposition.

2.4 Internationaler Zukunftskongreß der IGM

1988 startete die IGM ein Zukunftsprojekt wie bisher noch nie innerhalb der Gewerkschaften. Im Editorial heißt es dazu:

"Die Fortschreibung vorhandener Entwicklungstrends ergibt insgesamt keine annehmbare Zukunft mehr.....Im Meinungsaustausch mit Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären, in der Diskussion mit Politikern, Wissenschaftlern und gesellschaftlichen Organisationen will sie Ideen sammeln, Vorstellungen entwickeln und Instrumente finden zur Durchsetzung gewonnener Zielvorstellungen."

Der Prozeß mit dem Titel "Die andere Zukunft"³⁰ vollzog sich in mehreren Abschnitten. Zur Vorbereitung des Kongresses fanden Diskussionsforen statt. Ein Forum mit dem Titel "Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln" befaßte sich mit wirtschaftspolitischen Alternativen. Begleitet wurden die Foren und der Kongreß von der Funktionärszeitschrift "Der Gewerkschafter". Das Thema Dritte Welt fand in 3 Artikeln prominenter Autoren (Hans Matthöfer, Elmar Altvater, Erhard Eppler) seinen Niederschlag, die auch die Debatten des Forums mitgestalteten. Gemäß dem Anspruch, eine andere Zukunft zu formulieren, sollen hier auch nur neue Ansatzpunkte wiedergegeben werden.

Die Auseinandersetzung wurde durch Situationsbeschreibungen und Entwicklungstendenzen gekennzeichnet. Nur unter dem Titel "Gewerkschaften und Entwicklungspolitik" wurde es konkreter. "Wer die früheren Kolonialländer vom Zwang zur Imitation befreien will, muß unser eigenes Entwicklungsmodell in Frage stellen..." stellte Erhard Eppler fest. In der Schlußbetrachtung von Siegfried Bleicher heißt es: "Um dies zu ändern, genügt nicht der bloße Verweis auf die Chance einer Veränderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse am Wahltag. Eine Änderung wird vielmehr nur möglich sein durch das umfassende Engagement für eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Alltag..... Was objektiv richtig ist, muß subjektiv tragfähig gemacht werden."

Klare Positionen. Bei den programmatischen Ansatzpunkten gewerkschaftlicher Alternativen unter dem Titel "Solidarität mit der Dritten Welt" bleibt dagegen alles beim alten.

- ◆ Abbau von Handelshemmnissen,
- ◆ Stabilisierung von Export der Entwicklungsländer durch langfristige Verträge und
- ◆ Streichung der Schulden.
- ◆ Investitionen der Industrieländer und qualitatives Wachstum sollen höhere Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigprodukten aus Entwicklungs- und Schwellenländern schaffen.

Forderungen dieser Art drängen geradezu die Frage auf, wer (außer den ausdrücklich erwähnten Banken) sie verwirklichen soll. Besonders die Erwartung zu erfahren, wie die Gewerkschaften zur Lösung beitragen können und wollen, wurde nicht erfüllt. Von einer neuen (gewerkschaftlichen) Zukunft ist angesichts solcher Rezepte noch nichts zu erkennen.

Vom 27. - 29.10.88 folgte der eigentliche Kongreß.³¹ Er sollte "Scharnier zwischen politischer Diskussionsform und der Umsetzungsphase" bilden. Eine breite gesellschaftliche Beteiligung bis hin zu Edzard Reuter sollte einen Dialog auch nach dem Kongreß sicherstellen.

"Alle, durchgehend durch alle Klassen und Nationen, auf dem Planeten Erde sind Gefangene in überholten kulturellen Grenzen. Wir haben heute darüber nachzudenken, wie wir diese kulturellen Grenzen überschreiten und wie es uns gelingen könnte, unseren Blickwinkel zu erweitern und umzudenken, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen, indem wir unser Verhalten radikal ändern." lautete eine einführende Aussage von Georg Ippers.

Margarita de Botero, Mitglied der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung wollte als Schlußfolgerung ihres Berichts mit dem Titel "Plädoyer für eine andere Zukunft" ausdrücklich hervorheben, daß "eine globale Entwicklung nicht nur Wirtschaftswachstum bedeuten sollte".

Hauptsächlicher Ansprechpartner von Veränderungen sollte die jeweilige Zivilbevölkerung sein, und ein nationales sowie internationales Beziehungsnetz sollte aus diesem Grund aufgebaut werden.

Fraglich ist, ob eine Verwirklichung solcher Forderungen aufgrund der derzeitigen Beschlußlage und Praxis nicht ein Überdenken vieler gewerkschaftlicher Zielvorstellungen und Positionen zur Folge haben müßte. Traditionell setzen die Gewerkschaften auf eine neue Gesellschaft mit Hilfe neuer Technologien (soziale Ausgestaltung) und (qualitativem) Wachstum.

1989 folgten Leitlinien zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform. Aus Platzgründen wurden im Anhang nur Auszüge dokumentiert. "Zielsetzung und Arbeitsfelder" behandelten im wesentlichen Bereiche des Zukunftskongresses. Die Konsequenzen für die IGM waren demgegenüber nicht kongreßbezogen. Sie lauten - sehr stark verkürzt - folgendermaßen:

Stärkere Aktivitäten im Internationalen Metallgewerkschaftsbund, verstärktes Einmischen in die Politik und Standpunkte beziehen. In der Wirtschafts- und Strukturpolitik gegen Arbeitsplatzvernichtung und sozialen Kahlschlag vorgehen. Der Dialog mit der Gesellschaft muß gesucht werden und jeder, der Veränderungen will, ist in der IGM als Mitstreiter willkommen.

Damit hat sich die IGM einmal mehr selbst aus der unmittelbaren Verantwortung entzogen. Eine eventuell in Zukunft andere Politik, in die sich die IGM einmischen will, soll vermutlich das Problem lösen.

Der Kongreß und seine Konzeption war trotz allem ein großer Schritt in die richtige Richtung. Ein Anfang, der zur Nachahmung empfohlen werden sollte. Gemessen am (selbst formulierten) Anspruch dieses "Internationalen Zukunftskongreß" sind die konkreten Ergebnisse sehr bescheiden. Die Problemaufbereitung bereitete der IGM auf diesem Kongreß offensichtlich weniger Schwierigkeiten als in der Vergangenheit. Eigenen Handlungsbedarf zu erkennen und in konkrete Programme und Aktionen einmünden zu lassen, erwies sich dagegen als äußerst schwierig. Bedenklich stimmt, daß zwar mit vielen gesellschaftlichen und internationalen Gruppen der Dialog gesucht wurde - der eigene Dachverband und die einzelnen Gewerkschaften aber (willentlich?) nicht genügend beteiligt wurden. Selbst der großen IGM kann eine alleinige Vorreiterrolle zur Veränderung der Weltwirtschaft nicht zustehen. Schon eine kritische Überprüfung ihrer eigenen Organisationspolitik kann ohne übergreifende Reflexion an und mit anderen Vorstellungen nicht gelingen. Weitere Zukunftskongresse mit dem Anspruch, über unmittelbare Organisationsreformen hinauszugehen, könnten tatsächlich mit dem DGB und allen Einzelgewerkschaften den ersten Schritt in "eine andere Zukunft" eröffnen.

3. Fallbeispiele zur abschließenden Betrachtung

Anhand ausgesuchter Fallbeispiele soll nachvollzogen werden, wie die einzelnen Gewerkschaften mit problembezogenen Bereichen umgehen und gegebenenfalls die Form der Auseinandersetzung nachgezeichnet werden. Die 3 Beispiele sind jeweils organisationsbezogene Fallbeispiele.

3.1 Automobilindustrie als Symbol des "Way of life" (IGM)

3.1.1 Problemanalyse

Das Auto in Frage zu stellen bedeutet, über eine ganze Gesellschaft und ihre Werte zu diskutieren. Die Form des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg trägt den Namen des ersten Massenautomobilherstellers. "Fordismus" bedeutete den Übergang zur industriellen Massenproduktion von Konsumgütern und tayloristische Arbeitsteilung. Vorreiter dieser Entwicklung war die Automobilproduktion. Die Etablierung dieses Systems hatte nicht nur eine neue Form der Produktions- und Reproduktionsbedingungen zur Folge, sondern brachte auch eine durchgreifende Erhöhung des materiellen Lebensstandards der Lohnabhängigen mit sich. Dies bedingte sich gegenseitig, da die Massenproduktion nur durch entsprechende Massenkaufkraft verwertet werden konnte.

Es setzten sich neue politische Regulierungsformen, gekennzeichnet durch den Ausbau des modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, sowie Herausbildung von Gewerkschaften und Parteien als Massenorganisationen legitimer Interessensvertretung durch. Der Glaube an wissenschaftlichen Fortschritt, technische Machbarkeit und Wachstum erhielt allgemeine Bedeutung.³² Neue Produktionsformen wie Global-Sourcing, Just-in-Time-Produktion und Lean-Produktion werden führend in der Automobilindustrie entwickelt und umgesetzt.

"Freie Fahrt für freie Bürger." Kein anderer Ausspruch als dieser, entstanden bei der Auseinandersetzung um Geschwindigkeitsbegrenzung, schildert treffender, welche Wert- und Normvorstellungen vor allem Arbeitnehmer mit dem "Statussymbol" Auto verbinden. Einst nur privilegierten Schichten zugänglich, zeugt es heute davon, daß mit industrieller Produktion steigender Wohlstand für alle möglich scheint. Die Attraktivität dieses Industriemodells ist so groß, daß in den Metropolen der Dritten Welt nichts mehr geht - zumindest im Straßenverkehr. Autofahren bedeutet hier noch viel mehr als bei uns, der Unterprivilegierung vermeintlich entfliehen zu können. Dabei gibt es nur ein Problem - die Umwelt.

Die Industrieländer sind Hauptverursacher der klimabeeinflussenden Emissionen. Beim Ausstoß von Kohlendioxid haben sie durch Verbrennung fossiler Energieträger zusammen einen weltweiten Anteil von fast vier Fünfteln.³³

"Die wirtschaftlichen Entwicklungsmuster der Industrieländer haben den zentralen Teil zur weltweiten Umweltzerstörung beigetragen. Der hohe Schadstoffausstoß vor allem an CO₂ ist Folge dieses Entwicklungsweges.

Allein in den USA sind 35 % aller in der Welt vorhandenen PKW in Betrieb, jeder Zweite fährt ein Auto. In Afrika hingegen ist es bisher nur jeder 110. und in der VR China nur jeder 1374.....Seine Übertragung auf die Entwicklungsländer hätte verheerende Folgen. So würde sich das weltweite PKW-Aufkommen verfünffachen, wenn die Entwicklung des Individualverkehrs in den OECD-Staaten auch in der übrigen Welt einträte. Eine entsprechende Zunahme der CO²-, SO- und Blei-Emissionen wäre die Folge.³⁴ Eine interessante Aussicht für die Automobilindustrie - aber sicher der endgültige ökologische Kollaps der Erde.

Etwa ein Viertel der Schadstoffbelastung, die ein Auto während seines "Lebens" abgibt, fallen bereits durch die Herstellung an.³⁵ Diese Rechnung ergibt sich daraus, daß die meisten Autos mehr "Stehzeuge" als Fahrzeuge sind. Nur 3 - 5% ihrer "Lebensdauer" werden sie zum Fahren genutzt. Rund 23 Stunden pro Tag stehen die Fahrzeuge.³⁶

Unbestritten ist, daß die Dritte Welt enormen Nachholbedarf an Infrastruktur hat, allein schon, um zukünftig Nahrungsmittel- und Energieversorgung für alle gewährleisten zu können. Jede Übertragung (oder gar Steigerung) von Individualverkehr würde weitere nicht abzuschätzende ökologische Schäden und Ungleichverteilungen zur Folge haben. Nur völlig neue Konzepte auf Grundlage öffentlicher Massenverkehrsmittel würden Möglichkeiten "nachhaltigen Wirtschaftens" eröffnen.

Kraftfahrzeuge und Verkehrsmittel werden in der Regel in den Industriestaaten entwickelt und eingeführt. So exportierte die BRD 1987 Waren im Wert von rd. 52 Mrd. DM an die Dritte Welt. Mit 27 Mrd. DM entfallen etwa die Hälfte des Exports auf Fahrzeug- und Maschinenbau sowie elektrotechnische Erzeugnisse.³⁷ Diese Erzeugnisse haben unmittelbaren Einfluß auf den Energieverbrauch der Dritten Welt. Technologietransfer und Innovationen sind nur von den Industriestaaten, die über das notwendige Kapital und Know-how verfügen, leistbar. Die Entwicklung neuer Verkehrskonzepte (z.B. Fahrrad als Individualverkehrsmittel) kann prinzipiell in der Dritten Welt eigenständig erfolgen. Sehr problematisch dabei ist allerdings weiterhin der Vorbildcharakter des westlichen Zivilisationsmodells. Dies wird eine eigenständige Entwicklung - wenn nicht sogar unmöglich - zumindest sehr schwer machen.

Nach Berechnungen des DIW hängt heute jeder 15. Arbeitsplatz in der BRD vom Automobil ab.³⁸ Ein mächtiger Wirtschaftsfaktor und für die IGM wichtiger Organisationsbereich. Eine Studie der deutschen Straßenliga und der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden belegt, daß Investitionen in den Schienenverkehr mehr Arbeitsplätze schaffen, als der Ausbau von Bundesautobahnen oder Landstraßen.³⁹ Konversion bedeutet also nicht die Vernichtung von Arbeitsplätzen, sehr wohl aber eine Umschichtung zwischen den Branchen. Wenn die Unfall- und Umweltkosten des Autoverkehrs berücksichtigt werden, kann Konversion eine (über-) lebensnotwendige Entscheidung sein.

Nur noch ein knappes Drittel aller Bäume der BRD ist ohne Schaden. Dabei spielt die dreckige Luft eine Schlüsselrolle. Den Schmutz, der durch Energiegewinnung und Autoverkehr entsteht trägt die Gesellschaft und lebt in der Illusion, reicher zu sein als sie ist. Der Bonner Umweltminister Töpfer nannte dies beim Umweltgipfel in Rio "Wohlstandslüge". Eine Studie sollte die "externen Kosten" errechnen. Wegen methodischer Probleme ist es unmöglich, genaue Beträge anzugeben. Trotzdem:

"Laut Prognos belaufen sich die leicht identifizierbaren Materialschäden an Brücken, Masten und Gebäuden bereits auf mindestens 3,6 Milliarden Mark pro Jahr - hervorgerufen durch Schmutz, der beim Verbrennen von Energieträgern entsteht. Die Schäden durch die Zerstörung des Ökosystems Wald werden auf bis zu neun Milliarden Mark geschätzt, die Kosten von Arten- und Biotopschwund auf 7,5 Milliarden. Energiebedingte Gesundheitsschäden schlagen bereits mit zweistelligen Milliardenbeträgen zu Buche und der von Deutschen verursachte Schaden für das Weltklima mit jährlich 140 bis 170 Mrd. Mark."⁴⁰

Dabei sollen nicht die Zahlen und Methoden ausschlaggebend sein. Solange die Beseitigung der Schäden positiv ins Sozialprodukt einfließt (Dienstleistungen) und die Automobilproduktion langfristig aufrechterhalten wird, gibt es keine erkennbare Lösung der Menschheitsprobleme. Eine Automobile Zukunft ist keine Zukunft.

3.1.2 Gewerkschaftliche Thematisierung

Die Schwierigkeit der Entwicklung von Positionen der IGM war am Beispiel der Automobilindustrie sehr gut zu verfolgen. Der Spagat zum (vorläufigen) Abschluß ist kennzeichnend für viele gewerkschaftliche Positionsbeschreibungen. Eine ausdrückliche Reflexion zur Zukunft von Automobil und Dritter Welt existiert nicht. Sie kann nur aus den allgemeinen Thesen abgeleitet werden.

"Der Gewerkschafter" zeichnete bis 3/88 relativ übereinstimmend folgende Probleme auf:

"Die bereits eingeleitete weltweite Umstrukturierung der Automobilindustrie wirft große Gefahren für die Arbeitsplätze, für die Qualifikation und Leistungsintensität der Beschäftigten sowie für die gezahlten Entgelte auf...Die alten Märkte mit hohem Fahrzeugbestand sind nämlich allmählich gesättigt und die neuen Märkte in den Entwicklungsländern sind sehr konjunkturanfällig." (12/81)

"Der Weltautomobilmarkt nähert sich der Sättigung...Die nationalen Grenzen behindern den Expansionsdrang einzelner Länder, das gilt vor allem auch für Japan....Offizielle japanische Quellen sprechen heute bereits offen von der "Strategie des letzten Überlebenden". (11/83)

"Die heutige Automobilpolitik klammert die Interessen der Beschäftigten aus....Deshalb brauchen wir eine Strukturpolitik.....Autoindustrie, IG Metall, Wirtschaftsministerium sowie betroffene Länder müssen am runden Tisch teilnehmen." (1/85)

"Den noch bei 800 000 Beschäftigten in der Autoproduktion drohen Gefahren von drei Seiten...Die Rationalisierungsschraube.....maßloser Aufbau zusätzlicher Kapazitäten....am gefährlichsten jedoch ist der Angriff der Konzerne auf Löhne und Arbeitsbedingungen." (3/88)

Den Arbeitsplatzinteressen standen bis dahin keine anderen Interessen der IGM gegenüber. Daß die Automobilpolitik wesentlich mehr Interessen ausklammert als lediglich die Beschäftigteninteressen, war bis 1988 scheinbar noch nicht im Bewusstsein. Eine Sonderveröffentlichung im Rahmen des Internationalen Zukunftskongresses der IGM machte erstmals auf weitere Probleme aufmerksam:

"Die Hälfte der errechenbaren Schäden hat Professor Dr. Lutz Wickert vom Umweltbundesamt auf den Autoverkehr zurückgeführt: jährlich rund 50 Milliarden Mark, also rund 3 Prozent des Bruttosozialprodukts.....Diese genannten Schäden werden von den Autofahrern und -herstellern verursacht, aber von Dritten...getragen." (9a/88)

Jetzt erst entwickelte sich eine nachvollziehbare Kontroverse. "Alptraum Auto" (12/88) lautet ein weiterer Artikel, in dem trotz der Gefahren gefordert wird, den positiven Gehalt einer automobilen Gesellschaft nicht in Frage zu stellen. Funktionsfähigkeit des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems hängen wesentlich von Produktion und Gebrauch des Autos ab. Nur gemeinsam mit den betroffenen und vom Auto abhängigen Arbeitnehmern ist eine Lösung zu finden.

Das Schwerpunktthema des Gewerkschafters 1/89 bot einen Einblick in die große Schwierigkeit, zum Thema Automobil eine vernünftige Position zu finden.

"Nicht die Mobilität der Menschen steht zur Diskussion, sondern die Automobilität.....Sie setzen Mobilität praktisch gleich mit motorisiert zurückgelegten Entfernungen oder sogar mit gefahrenen Kraftfahrzeugkilometern. Auf diese Weise ein Mobilitätsbedürfnis zu bestimmen, ist ähnlich unsinnig und irreführend wie etwa der Versuch, das Bedürfnis nach einem behaglichen Raumklima durch den mengenmäßigen Verbrauch von elektrischer Energie ausdrücken zu wollen."

Solche Aussagen standen neben den altbekannten der weltweiten Überkapazitäten und des internationalen Konkurrenzkampfes. Die zusammenfassenden Thesen 2, 4 und 10 stellen schließlich sinngemäß fest: Kein Weg führt daran vorbei, den Individualverkehr drastisch einzuschränken. Die BRD braucht ein ökologisch verträgliches Gesamtverkehrskonzept. Arbeitnehmer sind als Produzenten, Bürger und Steuerzahler mehrfach betroffen.

Verwunderlich ist, daß im schriftlichen Geschäftsbericht zum 16. ordentlichen Gewerkschaftstag 1989, der den Zeitraum von 1986 - 1988 umfasst, von dieser Kontroverse noch nicht viel zu merken ist. Hier heißt es noch:

"Notwendigkeit und Möglichkeit einer Automobilpolitik, die an Qualität der Produkte und Qualität der Arbeit anknüpft, wurden immer wieder deutlich. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie kann mittelfristig nicht durch Lohnkostensenkungen stabilisiert werden, sondern nur durch Produktivität und Qualität der Arbeit.....Die Sicherung der Beschäftigung erfordert flankierende Maßnahmen durch die Tarifpolitik (vor allem Arbeitszeitverkürzung) einerseits...Konzepte zur Verbesserung des individuellen Verkehrsflusses mit einem Ausbau kollektiver Verkehrsmittel ergänzt und verbindet, andererseits."⁴¹

Vorläufigen Abschluß bildete ein Diskussionspapier unter dem Titel "Die andere Zukunft".⁴² Vorge stellt wurde es im Gewerkschafter 8/90 und als eigene Broschüre. Im Vorwort heißt es dazu: "Bei der Zukunft von Auto, Umwelt und Verkehr geht es um die Lebensqualität in Stadt und Land, um globale Umweltprobleme und Millionen von Arbeitsplätzen." So weit, so klar. Drei (von 10) Thesen daraus sollen noch genannt werden. These 1 fordert eine Automobilproduktion ohne Gift- und Schadstoffe. Es fragt sich, ob es solche Autos jemals geben wird. Im weitesten Sinne wird dies davon abhängen, ob bereits Ressourcenverbrauch und Abfälle, sowie Emissionen der Produktion zukünftig als Schadstoffe definiert werden. Zusammen mit These 3, die weniger Emissionen und Energieverbrauch fordert und auf die Entwicklung von Autos mit regenerierbaren Energieträgern setzt, stellt sich eine weitere wichtige Frage. Ist der immense Aufwand an Kapital, insbesondere Humankapital in Form von menschlicher Intelligenz, den solche Produktionsreihen voraussetzen nicht sinnvoller einzusetzen? Wenn dazu noch die These 7, Vernetzung der Verkehrsträger betrachtet wird, ist die Zielvorstellung klarer.

"Der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs soll nicht der schrittweisen Abschaffung des Autos dienen, sondern endlich die Bereiche verkehrsmäßig effizient erschließen, in denen PKW und LKW Schwächen haben. Der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs würde vielmehr erst die Grundlage schaffen, das Auto sinnvoll zu nutzen."

Diese Position führt alle vorangegangene Kritik ad absurdum. Bereits jetzt vorhandene Nahverkehrskonzepte kommunaler Verbände und unmittelbar umsetzbare Vorschläge wie z.B. Genossenschaftsauto sind damit zum Scheitern verurteilt. Integrierte Verkehrskonzepte bestehen vielfach schon als praktikable Vorschläge, und müßten teilweise "nur" mit entsprechendem politischen Druck umgesetzt werden. Eine Ergänzung des Individualverkehrs stellt diesen allerdings nicht grundsätzlich in Frage, sondern wird umgekehrt die Attraktivität erhöhen. Wenn es dagegen richtig ist, daß "Wer die früheren Kolonialländer vom Zwang zur Imitation befreien will, sein eigenes Entwicklungsmodell in Frage stellen muß", dann handelt die IG Metall anders als die theoretischen Erkenntnisse eigentlich zulassen würden. Die tiefe Kluft in der IG Metall (und sicherlich stellvertretend für alle Gewerkschaften) zwischen theoretischer Erkenntnis, eigenem Selbstverständnis und praktischem Handeln, ist unübersehbar.

Als Schlußbemerkung sei noch hinzugefügt, daß "Neue Antriebs- und Fahrzeugkonzepte und die Einbindung des Autos.....zusätzliche Wettbewerbschancen für die Europäische Industrie...sind"⁴³. Neue Wettbewerbschancen erhalten Arbeitsplätze und damit Mitglieder. Diese Konstellation hat anscheinend dringenderen Handlungsbedarf als das Problem Dritte Welt und verallgemeinerbarer Lebensstil. Bleibt noch anzuführen, daß eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden und Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und Umweltschutzverbänden vielleicht andere Ergebnisse zeitigt hätte.

3.2 Telekommunikation und Weltmarkt (DPG)

3.2.1 Problemanalyse

Als 1876/77 die Firma Siemens & Halske im Auftrag der Reichspost die Erfindung des Fernhörers weiterentwickelte und baute, ahnte sicher keiner der Beteiligten, welche weitreichenden Konsequenzen diese Allianz (und die Entwicklung der Telekommunikation), die übrigens bis heute Bestand hat, noch zeitigen würde. Aus der Idee, Telegrafpersonal einzusparen, entwickelte sich ein explosivartig wachsender Industriezweig, der bisher ungeahnte Dimensionen eröffnet hat.

Die Einführung neuer, auf Mikroelektronik gestützter Informationsverarbeitungs-, Steuerungs- und Regelungstechniken, schuf die Möglichkeit von Mensch-Maschinen-Kombinationen, die in bisher nie gekanntem Umfang räumlich und zeitlich entkoppelbar sind.⁴⁴ Die "Fabrik der Zukunft", mit weltweiter Verflechtung bei jeweils billigstem Quellenzugang (Global- Sourcing), individueller Produktzusammenstellung bei Auftragseingang ("Just-in-time") und Auslagerung nicht benötigter Produktion (Lean-Produktion) wird Zug um Zug verwirklicht. System- und betriebsübergreifend möglich sind diese Informations- und Steuerungssysteme nur mit Hilfe einer gut funktionierenden Telekommunikationsinfrastruktur. In der Vergangenheit galt deswegen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern der gesamte Telekommunikationsbereich als natürliches Monopol.

Ein einziger Anbieter war erwünscht, um die Versorgung des ganzen Landes kostengünstig sicherzustellen. Möglich wurde das durch Quersubventionierung von nicht-kostendeckenden Infrastrukturaufgaben wie Netzausbau und Einheit des Tarifgebietes.⁴⁵

Die Verschmelzung von Informationsverarbeitung (Informatik) und Informationsübertragung (Telekommunikation) bot die Möglichkeit einer extremen Steigerung der (internationalen) Arbeitsteilung. Zunehmend wurde auch der Handel mit Dienstleistungen technisch und international möglich. Öffentliche Infrastrukturinvestitionen mit steigenden staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich Telekommunikation und Investitionen in Milliardenhöhe zur Digitalisierung der Netze sollten den "Markt der Zukunft" vorbereiten. Direkte Handelsmöglichkeiten neuer Telekommunikationstechniken für informationsintensive Dienstleistungen bringen auch verschiedene indirekte Handelseffekte mit sich. So können beispielsweise Mehrwertdienste die Transaktionskosten sowohl des Waren- als auch des Dienstleistungshandels senken, indem sie Informationen bei Hersteller und Märkte verbilligen oder Vertragsverhandlungen beschleunigen.⁴⁶ Lohn-, Kosten-, Know How- und Entwicklungsdifferenzen unterschiedlicher Produktionsstandorte können ausgenutzt werden. Dies führt nicht zwangsläufig zur (Teil-) Produktion an ausländischen Standorten. Gestiegene Handelbarkeit mit Dienstleistungen macht es nicht mehr nötig, diese wie bislang vollständig im Ausland durch Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften zu produzieren.

Bestehende ausländische Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften können im Extremfall unter erheblichen Funktionsverlusten zu einfachen Vertriebsniederlassungen werden.⁴⁷ Die technische Möglichkeit, Dienstleistungen in zunehmendem Maße über Telekommunikationsnetze zu handeln, hat zu einer Reihe massiver Auseinandersetzungen zwischen den Industrienationen geführt. Im Rahmen der GATT-Verhandlungen ist die Forderung nach einer umfassenden Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte und effektivem Marktzugang für ausländische Anbieter die bedeutendste.

Uneingeschränkte Liberalisierung aller Märkte hat vor allem für die Länder der Dritten Welt gewaltige Konsequenzen. Fehlende Kapital- und Technologieausstattung würde zu einem enormen Konzentrationsprozeß zugunsten des Nordens führen. Davon abgesehen gelten nationale Technische Standards, Informations- und Austauschcodes sowie -Bedingungen als wichtige Beispiele sogenannter Nicht-tarifärer Handelshemmnisse.

Das weltweite Telefonnetz gleicht einem Computer, der gegenwärtig in der Lage ist, rd. 600 Mio. Einzelanschlüsse bei Tausende von automatischen oder handbetriebenen Vermittlungsstellen jeweils miteinander zu verbinden. Für die Postverwaltungen aller Länder spielen diese Telefonsysteme einen Jahresumsatz von 250 Mrd. US\$ ein. Zur Modernisierung des Fernmeldewesens werden jährlich 100 Mrd. US\$ investiert. Mit der Umstellung von analogen auf digitale Telefonsysteme werden diese Investitionen in Zukunft noch gewaltig ansteigen.

Solche Größenordnungen verweisen auf den nicht unerheblichen Anteil des Fernmeldesektors bei der "Schuldenfalle" der Dritten Welt. Danach hat sich z.B. Nigeria allein zwischen 1980 und 1988 mit einer Gesamtsumme von rd. 1.4 Mio. US\$ bei ausländischen Kreditgebern verschuldet, um sein Telefonsystem zu modernisieren.⁴⁸ Dies hat jedoch entweder gar nicht stattgefunden oder nur den städtischen Zentren, auf keinen Fall aber dem kleinen Farmer gedient. Auch für das Telefonsystem ist eine große Ungleichverteilung charakteristisch.

"Zwei Drittel der Menschheit haben überhaupt keinen Zugang zum Telefonsystem. In Tokio etwa gibt es mehr Telefone als in ganz Afrika. Während die Dritte Welt ungefähr 20% des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaftet, sind dort nur 12% aller Telefone installiert. Mißt man die Telefendichte an der Zahl von Hauptanschlüssen pro 100 Einwohner, so ist diese Dichte (1989) von Land zu Land sehr unterschiedlich: Schweden 66, USA 53, BRD 47, CSSR 14, UdSSR 10, Ägypten 3, VR China 1 und Indien 0,5."⁴⁹

Telekommunikationsversorgung hat damit für die Entwicklungshilfe eine wichtige Funktion. Durch "Entwicklungshilfekredite" werden - gebunden an Aufträge in den Geberländer - Aufbauprogramme für Telekommunikationsinfrastruktur in der Dritten Welt durchgeführt. Profiteure sind Konzerne und Beschäftigte dieser Produktionszweige (auch in der BRD). Weil ein unübersehbarer Nachholbedarf der Dritten Welt an Telekommunikationseinrichtungen besteht, ist diese Art von Entwicklungshilfe weitverbreitet.

Im Vergleich zu anderen Kommunikationsarten - Schreiben, Treffen etc. scheint das Telefon tatsächlich eine Reihe von Nutzensvorteilen zu haben. Ersparnis von Reisezeit und Transportkosten, damit Energie, sowie den Ausgleich mangelnder Infrastruktur und eine schnelle Verbindung in Notfallsituationen sprechen für sich. Andererseits stellt das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) fest:

"Das Fernmeldewesen ist ein kapitalintensiver Sektor, der sicherlich kein Ausgangspunkt für Beschäftigungsprogramme sein kann..... Meist werden Telefone dort installiert, wo andere Merkmale der Urbanisierung auch schon vorhanden sind..... In der Regel nutzen die reichsten 10% der Bevölkerung in Entwicklungsländern den überwiegenden Teil der privaten Anschlüsse."⁵⁰

Brigitte Erler, ehemals Referentin im BMZ, schreibt in ihrem Buch "Tödliche Hilfe" über die "Tatwaffe Telefon":

"Siemens beteiligte sich 1968 mit 48% am Aufbau einer Telefonfabrik in Tongi in der Nähe von Dhaka....Siemens hält jetzt nur noch einen Anteil von 8%. Die Fabrik wird voll von Bangladeschis gemanagt und versorgt das ganze Land mit Telefonen und Vermittlungsstellen. Lediglich noch einige wenige Legierungen, die in Bangladesch nicht produziert werden, müssen importiert werden. Und nur zwei Deutsche arbeiten dort noch als Integrierte Experten. Das heißt, Bangladesch ist im Moment auf dem Fernmeldesektor total unabhängig und könnte von der Kapazität von Tongi her gesehen sogar exportieren.....In den Regierungsverhandlungen 1982 zwischen der deutschen und der bangladeschischen Regierung sagte die Bundesregierung 10 Mio. DM für Vermittlungsstellen in EWS-Technik zu,..... Als Minister Warnke im Anfang seiner Minister-Zeit noch mit gesundem Menschenverstand und nicht mit Entwicklungshilfe-Logik argumentierte, führte er bei Gesprächen auf internationaler Ebene immer das Weltbankvorhaben, die elektronische Telefontechnik in einem der ärmsten Entwicklungsländer einzuführen, als besonders krasses Beispiel für den verfehlten Einsatz von Entwicklungshilfe Geldern an. Die Begründung für EWS klingt ja auch nicht gerade besonders überzeugend: In zehn Jahren werde es auf dem Weltmarkt keine Ersatzteile mehr für die jetzt angewandte EMD-Technik geben. Daß Bangladesch gar keine Ersatzteile mehr einzuführen braucht, da es sämtliche Komponenten selbst herstellt, stört die Argumentation nicht. Außerdem benötigen die neuen Vermittlungsstellen weniger Platz als die alten EMD-Ämter. Das sei doch ein wichtiger Gesichtspunkt bei dem Landmangel in Bangladesch.

Daß die Vollklimatisierung aber bei der neuen Technik hundertprozentig klappen muß, was unter bangladeschischen Verhältnissen nur mit eigenen Generatoren und auch dann nur schwer zu bewerkstelligen ist, fällt bei diesem Gedankengang nicht ins Gewicht. Der Minister wurde denn auch erst schweigsamer, als er davon unterrichtet wurde, daß wir selbst die grandiose Idee in die Welt gesetzt hatten. Inzwischen scheint die Sache nach einem Besuch von Schwarz Schilling in Bangladesch doch noch für Siemens zu laufen. Bangladesch wird mit der EWS-Technik auf unabsehbare Zeit von Lieferungen hochtechnischer Komponenten aus dem Industrieland abhängig, das den großen Brocken abbekommt.⁵¹

Während sich die Anwendungsvielfalt und -qualität fast unerschöpflich ausdifferenziert, deutet sich mit einer breitbandigen ISDN-Vernetzung ein einziges globales Informationsnetz an, das zwischen Massenkommunikation und wissenschaftlich-technischer Kommunikation, zwischen individuell steuerbarer und passiv aufnehmender Kommunikation, zwischen Print- und elektronischen Medien, zwischen akustischer und optischer Signalbertragung, zwischen Informationsübertragung, -speicherung und -verarbeitung nicht mehr unterscheidet.⁵²

"Seit Anfang der 70er Jahre vollzieht sich eine weltweite "Informationsrevolution". Durch Computerisierung wird möglich, daß Telekommunikation und Informatik zusammenwachsen (=Telematik) und ein alle Informations- und Kommunikationsströme verbindendes Netz schaffen, das keine Unterschiede zwischen Massen- und Individualmedien mehr kennt. Diese Entwicklung hat weltweit tiefgreifende soziale Folgen. Kulturell verdichtet sich die Welt immer mehr zu einem "globalen Dorf"; die menschliche Vielfalt an Kulturen, Sprachen und Religionen droht weiter zu schwinden. Insbesondere in den Entwicklungsländern werden soziale Entwurzelung und kultureller Identitätsverlust die sichtbarste Konsequenz dieser "Informationsrevolution" sein.⁵³ Zu dieser Erkenntnis kommt die Stiftung Entwicklung und Frieden in ihrem Buch "Globale Trends 1991".

Information und Kommunikation können verkauft werden. Insofern kommt ihnen ökonomische Bedeutung zu. Wenn Menschen miteinander sprechen, dann ist das essentieller Bestandteil menschlicher Kultur, jedoch nicht verkäuflich. Information und Kommunikation sind daher immer beides, Ökonomie und Kultur. Beispielhaft für diesen Konflikt ist der Beschluß der EG-Kommission von 1989, Fernsehen als "Dienstleistung", d.h. als ökonomische Ware, zu behandeln.⁵⁴ Bezeichnend dabei ist, daß die EG-Kommission dies für ihren Binnenmarkt festlegt, im Außenverhältnis jedoch Fernsehen als kulturelles Gut betrachtet. (Protektionismus durch Schutz des "kulturellen" Erbes Europas.)

Der ökonomische Umfang der weltweiten Informations- und Kommunikationsindustrie ist bei weitem höher als allgemein angenommen. 1986 lag ihr Umsatz bei 1.100 Mrd. US\$. Das entspricht rd. 10% der globalen industriellen Produktion. Im Zentrum stehen die drei Großmächte USA, Japan und EG. Während sie rd. 70% des globalen Bruttosozialprodukts erwirtschaften, wächst ihr Anteil an der globalen Produktion von informationellen Gütern und Dienstleistungen auf rd. 90%. Innerhalb dieser Märkte gibt es in hohem Grade wachsende Trends zu Multimedienkonzernen, Mischkonzernen und Dienstleistungsunternehmen der Kommunikationsindustrie. Wegen des kapitalistischen Innovationsdruckes in diesen drei Zentren können die Entwicklungsländer nur als "Rest der Welt" begriffen werden.

Die Länder der Dritten Welt importieren kulturindustrielle Produkte aus den USA und der EG in steigendem Maße. Beliefen sich deren Importe 1970 noch auf rd. 830 Mio. US\$, so hatte sich dieser Betrag 10 Jahre später bereits auf 6.234 Mio. US\$ erhöht. "Leitmedium" aller Massenmedien ist dabei das Fernsehen, trotz enormer regionaler Unausgewogenheit. (So stehen z.B. 82% aller TV-Geräte in der USA und Europa und nur 10% in Asien.) Dabei laufen die TV-Programmflüsse weltweit in Form einer Einbahnstraße - von Nord nach Süd. Muß eine italienische TV-Anstalt für 1 Stunde amerikanischen TV-Materials zwischen 10.000 und 60.000 US\$ bezahlen, so erhält das Fernsehen in Jamaika das gleiche Material für nur 100 US\$.⁵⁵ Das aus den USA importierte Material ist also so billig, daß es unterhalb der lokalen Produktionskosten liegt. Ökonomische Anreize zum Aufbau einer eigenständigen TV-Produktion fehlen folglich. Ergänzt wird die Einbahnstraße von Nord nach Süd durch einen seit langem anhaltenden und sich verstärkenden Trend zu immer mehr Unterhaltungsangeboten.

Zahlreiche Studien über die weltweite Stellung von Nachrichtenagenturen lassen folgende Ergebnisse als gesichert erscheinen:⁵⁶

- Die von den Nachrichtenagenturen produzierten Inhalte sind eurozentristisch. Sie müssen es auch insofern sein, als der bei weitem überwiegende Teil der Kunden dieser Agenturen aus den Industrieländern kommt. Der Nachrichtenverkauf an Entwicklungsländer ist nur ein kleines Zusatzgeschäft. Deren kulturelle Wertmuster gelten als vernachlässigbar.
- Die Berichterstattung über die Dritte Welt ist stark katastrophenorientiert. Nachrichtenagenturen sind wichtige Filter. So konnte für AP (Associate Press) nachgewiesen werden, daß der Anteil gewaltbezogener Nachrichten nach der Auswahl und Lieferung an amerikanische Zeitungen stark gestiegen war.
- Nachrichtenagenturen in aller Welt lehnen sich eng an Regierungsverlautbarungen an.
- Ihre Berichterstattung richtet sich nach den Bedürfnissen der politischen Eliten.
- Die Berichterstattung konzentriert sich auf "spot news"; strukturelle Nachrichten sind selten.
- Nicht nur kulturell, sondern auch technisch, ideologisch (Ausbildung) und ökonomisch sind die Nachrichtenagenturen der Dritten Welt von denen der Zentren in einem einseitigen Informationsfluß abhängig.

Aufgrund dieser Strukturen gibt es eine gewaltige Diskrepanz. Übertragung des Konsum- und Wohlstandsmodells sowie Werte und Normen der Industrienationen in die Entwicklungsländer stehen der fehlenden Diskussion struktureller Zusammenhänge zwischen arm und reich in den Gesellschaften der Industrieländer gegenüber.

Reduziert man die menschlichen Grundbedürfnisse nicht auf das zum materiellen Überleben notwendige Existenzminimum, dann gehört Kommunikation zweifelsohne zum Katalog der Grundbedürfnisse. Als individuelles und kollektives Recht auf Kommunikation hat dieses Grundbedürfnis inzwischen auch Eingang in die völkerrechtliche Diskussion gefunden. Insbesondere aus der Sicht der Dritten Welt muß es ein Grundrecht auf Identität, Spiritualität, Religiosität und damit Kommunikation geben. In vielen Mangelgesellschaften der Dritten Welt kann die Forderung nach Teilhabe möglichst vieler Menschen (auch) an technisch vermittelter Kommunikation ein Weg sein; für die westlichen Industriegesellschaften mit ihrer "Informationsüberflutung" gilt zunehmend das Gegenteil. Hier kommen dem

Recht auf Privatheit und Ruhe, dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung immer größere Bedeutung zu.

Durch die extreme Macht- und Informationskonzentration in den Industrienationen kann nur von hier die Reform ausgehen. Jeder, der sich mit Telekommunikation und Kommunikationsinfrastruktur beschäftigt, sollte dieses kritisch mitdenken. Forderungen möglicher Emanzipationsmöglichkeiten der Dritten Welt müssten in alle gewerkschaftlichen Publikationen diskutiert werden. Eine Dialogfähigkeit zwischen Erster und Dritter Welt kann allerdings nur durch Beachtung dieser Grundsätze hergestellt werden.⁵⁷

3.2.2 Gewerkschaftliche Thematisierung

Positionen und Veröffentlichungen der DPG zu Telekommunikation und Dritter Welt existieren nicht. Zusätzlich gibt es die Schwierigkeit, aus den allgemeinen Positionen einen Standpunkt dazu ableiten zu können. Diese Schwierigkeiten will ich kurz darstellen.

Die Entwicklung der Postgewerkschaft ist als Betriebsgewerkschaft eng mit dem Arbeitgeber Deutsche Bundespost (DBP) verbunden. Gewerkschaftliche Strukturen der DPG sind seit der Gründung dem Arbeitgeber - sowohl vertikal, als auch horizontal - nachempfunden. Jeder Verwaltungsebene stand ein Gremium der DPG gegenüber.

Grundgesetzlicher Gemeinwohlauftrag der DBP sowie Staatliche Anbindung an das Postministerium waren für eine gewerkschaftliche Positionsfindung feste Bezugspunkte. Im Gegensatz zu vielen anderen internationalen Post- und Fernmeldeverwaltungen war die DPG eine Vertretung aller "Postler".

Spezielle Telekommunikationsforderungen oder Entwicklungsperspektiven gab es nur sehr vereinzelt und nur im Kontext des Gemeinwohlauftrags. Gemeinwohlauftrag (Versorgung aller gesellschaftlichen Schichten zu gleichen Bedingungen durch Quersubventionierung) bedeutete immer, Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Anbindung zur Produktion (und Zielen) der Telekommunikationsindustrie gab es durch die Investitions- und Forschungsvorhaben der DBP. Siemens war und ist dabei Hoflieferant. Thematisiert wurde zwar der Einfluß der Privatindustrie auf die DBP, eine konkret erkennbare Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften war dagegen nicht erkennbar. Vertretung der "Postlerinteressen" hatte, verständlicherweise, absoluten Vorrang.

Infrastrukturauftrag und volkswirtschaftliche Bedeutung der DBP boten die Legitimation, Interessensvertretung der Postbeschäftigten mit politischen Anforderungen zu verbinden. Eigentlich eine ideale Voraussetzung, politisches Bewußtsein bei den Mitgliedern und der Bevölkerung zu schaffen.⁵³

Beginnende Diskussionen der Liberalisierung von Telekommunikationsmärkten und die Anforderungen, staatliche Monopole aufzulösen, mußten sich in der Postgewerkschaft widerspiegeln.

Zunächst eine Darstellung, wie bei der Postgewerkschaft der Status der DBP gesehen wird. Dazu "Gewerkschaftliche Praxis" Nr. 4/84:

"..welche Wirkungen dieses Unternehmen in seiner Bedeutung für den volkswirtschaftlichen Kreislauf hat, zu erfassen...gesamtwirtschaftlichen Größen wie Produktion, Nachfrage, Höhe der Investitionen...Veränderung der volkswirtschaftlichen Produktivität und Richtung des technischen Fortschritts hat.....eines der größten Unternehmen der Welt und das größte Dienstleistungsunternehmen Europas.....Zusammen mit den Familienangehörigen dürften also direkt und indirekt weit mehr als zwei Millionen Menschen von der Post wirtschaftlich abhängig sein.

....Ihr eigenes Angebot führt dazu, daß sich bestimmte neue Produktions- und Dienstleistungsbranchen, entwickeln, alte dagegen verschwinden können. Damit beeinflusst sie die volkswirtschaftliche Verflechtungsmatrix."

Eine Schlüsselposition, um moderne Produktionsformen zu beeinflussen.

Rolle und Verantwortung der DBP wird folgendermaßen beschrieben (Praxis 4/84):

"Telekommunikation im umfassenden Sinn der zunehmenden Vernetzung zwischen fast allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ist eine Schlüsseltechnologie. Um ihrer wirtschafts-, und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden zu können, fordert ...eine wesentliche Beteiligung der Bundespost an der Technologiefolgeabschätzung."

Daraus ergeben sich für die DBP folgende Verantwortungen:

- Wirtschaftspolitisch wird sie zu einseitig wahrgenommen, indem die Postdienste ständig rationalisiert werden. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind die Folge.
- Ordnungspolitisch gibt es Privatisierungstendenzen selbst im Netzbereich.
- Sozialpolitisch führt privatwirtschaftliche Gebührenpolitik zu Belastungen von Bevölkerungsgruppen, die auf die DBP angewiesen sind.
- Gesellschaftspolitisch werden Datenschutzaufgaben nur zögernd umgesetzt.

Nachdem diese Verantwortung nicht eingehalten wurde, ergaben sich daraus Herausforderungen für die DPG und die Politik der DBP:

"Seit Herausbildung der Arbeitsteilung - spätestens seit Beginn der Industrialisierung - wissen wir: Zum einen erzeugen Maschineneinsatz und Verbesserung der Arbeitsorganisation wachsenden gesellschaftlichen Reichtum... Zum anderen haben Maschineneinsatz und moderne Arbeitsorganisation Arbeitnehmer und deren Familien immer wieder in ihrer sozialen Existenz bedroht.... Der Telefermarbeit steht gegenüber,das Tarifvertragssystem und die Gewerkschaftsorganisationen einschließlich unserer Handlungsmöglichkeiten auf den Betrieb.... ausgerichtet sind."

Eine der Herausforderungen für die DPG war folgende (wenn die Konsequenzen bedacht werden, eigentlich eine entscheidende):

"Bundesregierung und Bundespost müssen politisch den gesellschaftlichen Dialog über die soziale Beherrschung der Informations- und Kommunikationstechnologie endlich einleiten. Dies schließt die soziale Beherrschung jener ein, die über die Informations- und Kommunikationstechnologie verfügen. Ein derartiger Dialog sollte dazu beitragen, einen Konsens zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften über den Auftrag der Kommunikationstechnik herzustellen."

Ein Dialog dieser Dimension hätte die Beteiligung aller Betroffenen (fast alle Einzelgewerkschaften und DGB) zur Folge haben können. Nachdem lediglich Bundesregierung und DBP zum Dialog aufgefordert wurden, kam es nicht zu erkennbaren Konsequenzen.

Internationale Entwicklungen spielten hierbei noch keine Rolle. Fortschreitende Auseinandersetzung um die Liberalisierung nationaler Telekommunikationsmärkte in der EG führte auch bei der DPG dazu, über multinationale Konzerne und den Druck auf nationale Regierungen zu diskutieren. Haupttenor dabei war die negative Auswirkung von Privatisierung auf breite Teile der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang erschien auch der einzige Artikel, der sich zu Telekommunikation und Dritter Welt äußert. "Dies wiederum kann zur Folge haben, daß die gesellschaftlichen Gruppierungen nicht mehr in gleicher Weise Zugang zu diesen Wirtschaftssektoren erhalten ... Dennoch ist es absolut notwendig, nationale Strategien zu entwickeln, wenn man ein Mindestmaß an nationaler kultureller Unabhängigkeit bewahren will. Trotz vieler Hindernisse würden die Länder der Dritten Welt ohne nationale Kommunikationspolitik weiter in einen Weltmarkt integriert, der ihre Abhängigkeit andauern läßt;" waren die zwei Hauptbotschaften im Artikel der Deutschen Post Nr. 21/87.

Multinationale Konzerne, EG und ihre Auswirkungen auf die DBP waren sonst der engere Betrachtungshorizont. Die 3-Teilung der DBP, Voraussetzung einer eventuelle Privatisierung und Liberalisierung, bereitete der DPG die größten Schwierigkeiten. Um politischen Druck zu erzeugen und die Bevölkerung dagegen zu mobilisieren, wurde mit dem DGB der Erhalt der "Bürgerpost" gefordert. Verhindert werden konnte die 3-Teilung allerdings nicht.

Im Geschäftsbericht zum DPG Kongress 1989 wurden die weiteren Aktivitäten der DPG geschildert.

- Bei allen Gesprächen zur Deregulierung in der EG war die DPG mit der IPTT (Internationale des Post- und Telegrafenspersonals) dabei.
- Telekommunikation soll weiter als Infrastrukturauftrag bestehen bleiben.
- Keine "Rosinenpickerei" (Privatisierung lukrativer Bereiche)
- Grundversorgung der Bevölkerung und finanzielle Lebensfähigkeit der Fernmeldeverwaltungen wurden als Entschließung eingebracht.

Der weltweite Kampf um Marktanteile beschäftigt die DPG weiterhin. Mit dem EG-Binnenmarkt standen weitere Deregulierungsprogramme auf der Tagesordnung. "...ganze Fernmeldeindustrien sind vom Niedergang bedroht. Für einige EG-Staaten könnte dies einen starken Abbau oder gar den Verlust einer eigenen nationalen Telekommunikationsindustrie bedeuten" hieß es in der Praxis 1/90.

Eine Fachtagung der DPG im Juni 1992 mit dem Titel "Die DBP im internationalen Wettbewerbsumfeld" führt folgende Positionen aus:

"Angesichts der Liberalisierung und rasanten Globalisierung der Kommunikationsmärkte müssen sich die Unternehmen der Post zunehmend in einem wettbewerbsintensiven Umfeld behaupten Das bedeutet, daß die Telekom in das Geschäft mit Datenendstationen - das sind unter anderem Computer - einsteigen kann Somit sollte die Telekom so bald wie möglich über das hinaus, was sie schon macht, ins internationale Geschäft einsteigen und im Rahmen dieser Möglichkeiten dazu beitragen, daß die Ausgangsbedingungen für sie - die Telekom - besser werden." Dabei muß natürlich der Infrastrukturauftrag erfüllt werden, denn:

"Marktwirtschaft ist auf eine funktionsfähige Infrastruktur angewiesen. Die Verantwortung für die Ausgestaltung der Infrastruktur ist vom Staat wahrzunehmen, zum einen durch Ordnungs- und Regulierungspolitik, zum anderen durch öffentliche Unternehmen."

War es 1984 noch ein Dialog über die soziale Beherrschung der Informations- und Kommunikationstechnologie, den die DPG forderte, so bedeutet Infrastrukturauftrag 1992:

"öffentliche Infrastrukturpolitik hat gleichzeitig die Funktion, Voraussetzungen für die Entfaltung von Marktwirtschaft zu schaffen, und die Funktion, marktkorrigierend Sozial- und Strukturpolitik betreiben." (entnommen der "Gewerkschaftlichen Praxis Nr. 3-4/92)

Das Thema Regulierung und Deregulierung noch einmal zusammengefasst (Praxis 3-4/92):
"Aus Sicht der Gewerkschaften müssen auch die sozialen Schutzrechte der Arbeitnehmerschaft im Zuge des telekommunikationstechnischen Wandels gesichert werden."

Ob politische Positionen den Dialog in der Gesellschaft eröffnen sollten oder die Existenzberechtigung der DPG (die DBP) aufrechterhalten sollten, war bei der Postgewerkschaft schwer zu erkennen; wahrscheinlich trifft beides zu. Die grundsätzlich befürwortende Haltung zum Ausbau des ISDN-Netzes sowie nicht erkennbarer Austausch und Zusammenarbeit mit einer - gerade in diesem Bereich - sehr wichtigen Gewerkschaft, der IG-Medien, sprechen allerdings eine deutliche Sprache. Damit werden hoffentlich auch die Schwierigkeiten deutlich, diesen Positionsbeschreibungen die Stellungnahme zur Gestaltung internationaler und nationaler Telekommunikationsmärkte zu entnehmen.

Vorrangiger Erhalt der Arbeitsplätze bei der DBP und damit verbunden ihrer Mitglieder ist für die DPG eine existentielle Frage. Dies zeigt auch die Diskussion um eine Anstalt des öffentlichen Rechts oder Telekom AG (Beschäftigung von Beamten, Privatisierung). Gewerkschaftspolitik der DPG ist jedenfalls sehr auf die DBP zugeschnitten. Das Thema EG ist damit schon weit weg und die Dritte Welt war weder früher noch aktuell ein Thema innerhalb der DPG.⁵⁸

Trotzdem gibt es Ansatzpunkte. Die Abteilung Internationales der DPG beschäftigt sich sehr viel mit multinationalen Konzernen und Dritter Welt (siehe dazu auch 2.3). Telekommunikationsentwicklungen sind nach Auskunft von Franz Treml aus nationaler, deutscher Sicht schlecht zu analysieren. Erst im Gedankenaustausch mit anderen internationalen Gewerkschaften ist etwas zu erreichen. Dort sieht es anscheinend noch schlechter aus. Hier scheint die DPG der einzige treibende Faktor (gegen Deregulierung) zu sein. Daß internationale Zusammenarbeit trotzdem klappen kann, zeigen die jährlichen Tagungen zum Thema "Multinationale Konzerne und Telekommunikation". Hier werden, beginnend seit 1985 mit IBM, Geschäftsgebahren in verschiedenen Ländern, sowie Einflüsse und Strukturen untersucht. Vor allem der Umgang mit den Arbeitnehmern in anderen Ländern ist Gegenstand der Untersuchung. Konkrete Hilfestellungen für andere Gewerkschaften und die Zusammenarbeit mit der IGM wird hier praktiziert.

Als letztes will ich noch anmerken, daß auch in der Bildungsarbeit eine punktuelle Berührung vorhanden ist. Es gibt im Seminarprogramm ein Seminar "Der Nord-Süd-Konflikt". Ich konnte im März 1992 das Seminar besuchen. Im Seminar beschäftigten sich Arbeitsgruppen mit den Auswirkungen der Telekommunikation in der Entwicklungshilfe sowie kulturellen Wertübertragungen von Nord nach Süd. Obwohl bestimmt nur ein Einzelfall und nicht in einer konkreten Strategie eingebaut, gibt es Hoffnung. Ich gehe davon aus, daß auch in anderen Einzelgewerkschaften diese punktuellen Ansätze (in ihren jeweiligen Bereichen) vorhanden sind.

3.3 Tropenholzabkommen der GHK

3.3.1 Problemanalyse

Die immergrünen Regenwälder auf den Landkarten sind inzwischen vielfach eine kartographische Lüge. Ca. 50% der Regenwälder sind in diesem Jahrhundert unwiderbringlich zerstört worden.⁵⁹ Die Vernichtung des tropischen Regenwaldes hat vorwiegend 3 Ursachen:

1. Die drastisch gestiegene Bevölkerung der Dritte-Welt-Staaten braucht Nahrungsmittel und Land. In ehemaligen Regenwaldregionen werden Nahrungsmittel für die Subsistenzwirtschaft angebaut sowie Siedlungsprojekte durchgeführt. Wichtiger noch ist Tropenholz als Energiespender (Brennholz), in Afrika ist Holz fast die einzige Energiequelle.
2. Schwerwiegender sind Auswirkungen der Verschuldung auf den Raubbau des Regenwaldes. Die Schuldenbelastung und der Devisenbedarf fördern den Raubbau und umweltbelastenden Export im Bereich der natürlichen Ressourcen. Einzelne Staaten sind bis zu 50% von Exporteinnahmen sogenannter "Cash-Crop" Früchte/Agrarexporten abhängig. Großbetriebe mit monokulturellem Fruchtanbau verdrängen den Wald - meist in Form von Brandrodung.⁶⁰ In Lateinamerika wird die Rinderhaltung (billiges Rindfleisch für Mc. Donalds usw.) sehr flächenintensiv betrieben. Durch Verfall der Terms of Trade und Verschuldung ist der Kreislauf doppelt schnell, der zur Vernichtung der Regenwaldes führt.
3. Tropenholzexport als Deviseneinnahme ist ebenfalls ein nicht zu unterschätzender Faktor - mit Zukunft, versteht sich. Etwa ein Viertel des tropischen Nutzholzeinschlages wird exportiert, die BRD hat einen Tropenholzimportanteil von ca. 3 % - weltweit. In Europa werden jährlich mehrere Tausend m³ Edelholz (z.B. zu Särgen) verarbeitet. Wird die derzeitige Entwicklung fortgeschrieben, so wird sich der Export bis zum Jahre 2000 verdreifachen.⁶¹ Danach dürfte er allerdings zurückgehen, da kaum noch Waldbestände vorhanden sein werden.

Quoten des Nutzholzaufkommens an der Zerstörung der Regenwälder werden systematisch zu niedrig angegeben. Angegeben wird "selektiver Einschlag", also auswählende Holznutzung. (Eigentliche Nutzhölzer treten nicht häufig auf)

"Daß nur zwei bis drei Stämme pro Hektar "geerntet" werden, liegt jedoch weniger an einer freiwilligen Selbstbeschränkung der Einschlagsfirmen als allein an dem Artenreichtum der tropischen Regenwälder. Wo auf einem Hektar mehr Baumarten als in ganz Europa zu finden sind, gehört nur ein knappes Dutzend zu den kommerziellen Hölzern erster Wahl. Die Waldschädigung beschränkt sich jedoch nicht auf die entnommenen Wertholzstämmen. Denn um an die begehrten Stämme zu kommen, müssen viele andere fallen. In einem unberührten Primärwaldgebiet von 20 x 22 km wird ein Straßen- und Wegenetz von über 150 km Länge errichtet. Dies bildet das Grundgerüst für eine systematische Holzausbeute. Von hier aus werden mit Bulldozern und Kettensägen Schneisen zu einzelnen Bäumen geschlagen. Jeder fallende Urwaldriese reißt zudem ein Loch in das Kronendach - 10 bis 30 Bäume werden dabei mitgerissen oder geschädigt, weitere beim Abtransport in Mitleidenschaft gezogen."⁶²

Der umgebende Bestand wird zu 45 - 57 % beschädigt. Damit nicht genug. Mit den Schneisen besteht erst die Möglichkeit für Kleinbauern, Zugang zu den bisher unerschlossenen Regionen zu bekommen und durch Rodung Waldfläche in Ackerland zu verwandeln. Der "Erschließung" steht nichts mehr im Wege.

Das komplexe System Regenwald läßt sich durch Aufforstung in seiner ursprünglichen Form nicht wiederherstellen. Aufforstungen können lediglich die Folgewirkungen (Erosion, Überschwemmungsgefahr, Niederschlagsrückgang) vermeiden, allerdings wird zur Zeit nur einer von 10 abgeholzten Bäumen wieder neu gepflanzt.⁶³ Mit dem Begriff "nachhaltige Bewirtschaftung" (Entwicklung) ist deswegen äußerst vorsichtig umzugehen.

3.3.2 Gewerkschaftliche Thematisierung

Eine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit dem Thema Tropenholz fand ab der Ausgabe 6/88 der HZ statt. Ausgehend von einem Artikel über Zusammenhänge des Tropenwaldsterbens, entwickelte sich eine Diskussion mit Leserbriefen und Stellungnahmen. Fortgesetzt wurde diese Debatte auf dem 13. ordentlichen Kongreß der GHK (Okt. 1989). Zeitgleich fanden vom Internationalen Bund der Bau- und Holzarbeiter Regionalkonferenzen zum Thema "Tropische Regenwälder" sowie der 18. Ordentliche IBBH-Kongreß (Dez. 1989) statt. Im April 1991 wurde ein IBBH Tropenwaldaktionsprogramm beschlossen und als Ausfluß im Dez. 1991 die gemeinsame Erklärung der GHK und des Hauptverbandes der Deutschen Holz und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HDH) sowie des Vereins Holzeinfuhrhäuser (VDH).

Anfangs entwickelte sich die Diskussion mit Mitgliedern und Umweltschutzverbänden recht kontrovers. Die Forderung nach einem Tropenholzimportverbot lehnten die GHK und der IBBH ab. Unter der Überschrift "Für den Bestand tropischer Regenwälder ohne Importverbot für tropische Hölzer" nahm in HZ 2/89 der Vorsitzende Horst Morich Stellung. Im Artikel "Was bringt ein Importverbot tropischer Hölzer?" (Stefan Schardt) wurde dieselbe Haltung untermauert. Wesentliche Begründungen waren die niedrige Importrate der BRD, die "selektive Holzernte" und ein Erschweren oder Verunmöglichen der Entwicklung einer Holzwirtschaft in den Ländern der 3. Welt durch ein Importverbot. Fazit: "Ein Verzicht der BRD auf Tropenholzimporte würde keinen Quadratmeter Regenwald retten"⁶⁴. Leserbriefe in HZ 4/89 widersprachen dieser Haltung. Hauptargumente des Widerspruchs waren:

- Selektive Nutzung bedeutet Vernichtung
- Der tatsächliche (Stammholz-)Export beträgt 33%
- Bei nur 3 - 5% Import könnte ein Verbot nicht ins Gewicht fallen, aber Signale setzen.

Auf dem 13. ordentlichen GHK-Kongreß spielte diese Auseinandersetzung - wider Erwarten - keine zentrale Rolle. Im mündlichen Geschäftsbericht wurde der Standort BRD diskutiert, aber lediglich im Hinblick auf internationalen Lohnstückkostenvergleich. In einem Leitantrag des Hauptvorstandes (Arbeit, Leben, Zukunft, A 17) wurde der Erhalt der natürlichen Umwelt durch grenzüberschreitende Umwelt- und Forstpolitik gefordert. Ein zweiter Antrag des Hauptvorstandes (Holzwirtschaft und Umwelt, A 31) forderte EG-Maßnahmen (Erforschung von Holz als erneuerbarem Rohstoff, Sofortmaßnahmen gegen das Waldsterben wie 3-Wege-Kat usw.). Der Tropenwald spielte hierbei keine Rolle.

Lediglich 3 Anträge (A 33, 34,35) beschäftigten sich mit Konsequenzen der Abholzung tropischer Regenwälder. A 33 fordert Importverbot, A 34 kein Importverbot, sondern Schutzgebiete (ohne Waldbewirtschaftung), Selbstverpflichtung der tropenholzimportierenden Wirtschaft nur aus "nachhaltiger Entwicklung" zu kaufen, sowie eine freiwillige Tropenholzabgabe zur Finanzierung praktischer Maßnahmen. A 35 fordert ein Rundschreiben mit der Aufforderung, auf Tropenholzprodukte zu verzichten. Empfehlung der Antragskommission zu allen 3 Anträgen: Material an den Hauptvorstand.

Weitergehendere Forderungen wurden erst auf Regionalkonferenzen (Jakarta, Caracas, Accra - unter Beteiligung der Nationalen Holzgewerkschaften) im Zusammenhang mit dem 18. Ordentlichen IBBH-Kongreß getroffen. (Dez. 1989) Daraus folgte 1991 das IBBH Tropenholzaktionsprogramm.⁶⁵) Zentrale Punkte waren:

1. Die Angewiesenheit auf Exporterlöse würde bei einem generellen Importverbot den betroffenen Ländern die Möglichkeit nehmen, eine Entwicklung ihrer Holzindustrie zu vollziehen. Statt dessen sollte es freiwillige Exportbeschränkungen geben sowie Möglichkeiten der Exportförderung von Holz aus "nachhaltiger Bewirtschaftung" eröffnet werden. Dieses Holz soll nachweisbar gekennzeichnet und kontrolliert werden.
2. Langfristige Nutzungspläne sollten erstellt werden, Schutz- sowie Nutzungsgebiete ausgewiesen werden. Holzfacharbeiter in den entsprechenden Regionen sollten eine qualifizierte Ausbildung erhalten, das Thema Ökologie in der Fortbildung sowie Schulausbildung Pflicht werden. Unerlässlich ist es, eine Veredelungsindustrie in den Ländern der 3. Welt aufzubauen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Industrieländer sollten den Zugang weiterverarbeiteter Holzprodukte in die heimischen Märkte öffnen sowie die notwendigen Technologien bereitstellen.
In einem Interview mit George Mannah, Generalsekretär der Ghanaischen Holzarbeitergewerkschaft (HZ 4/91) heißt es:
Mannah: "Ghana ist ein Entwicklungsland und wir brauchen endlich angemessene Preise für unsere Produkte. Unsere Hölzer sind sehr gut und müssen besser bezahlt werden. Für uns wäre es eine sehr große Hilfe, wenn Deutschland mehr verarbeitete Produkte kaufen würde. Dadurch würden bei uns Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen. Damit können wir den Druck auf den noch vorhandenen Waldbestand noch vermindern." (Deutschland ist größter Importeur von ghanaischem Holz).
3. Holz ist ein Zukunftsrohstoff, da erneuerbar. Eine Bevölkerung, die daran interessiert ist, ihre Zukunftsaussichten nicht zu verbauen, ist der beste Garant für ein funktionierendes Ökosystem. Dazu gehört, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, was aufgrund der Schuldenlast nicht möglich ist. Schuldenstreichung und internationale Zusammenarbeit sind unerlässliche Voraussetzung. Folgerichtig fordert der IBBH ".... die reichen Industrieländer verpflichten sich, sich an der Finanzierung von Aktivitäten zu beteiligen, Bestandteil einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung bilden.."⁶⁶
4. Durchzuführende internationale Maßnahmen sollen in nationale Pläne mit massivem Einfluß der Gewerkschaften umgesetzt werden. Wichtigster Punkt in diesem Zusammenhang ist die Wahrung der nationalen Souveränität der einzelnen Länder, wie und mit welchen Mitteln die

Zielsetzungen erreicht werden. Wirksamer Schutz ist nur möglich, wenn die notwendigen Maßnahmen von den Ländern und ihren Völkern selbst getragen werden.

Der DGB Beschluß zum Thema Tropenholz auf dem 14. Kongreß sowie die gemeinsame Erklärung von GHK, HDH, VDH⁶⁷ lehnen sich eng an die Resolution des IBBH an, zumindest in den formalen Forderungen. Eine Strategie, Konkretisierung und Handlungsanleitung für die Umsetzung in der BRD fehlt allerdings in den wesentlichen Punkten. Im folgenden ist das:

Eine freiwillige Abgabe der Holzeinfuhrhäuser zur Unterstützung vorgeschlagener Maßnahmen, wie anfangs vorgesehen, fehlt in der veröffentlichten Fassung. Den Verbrauch endlicher Ressourcen durch regenerierbare (wie z.B. Holz) zu ersetzen ist richtig, zur Begründung des unverzichtbaren Tropenholzimportes aber zu wenig. Eigeninteresse am Erhalt des Wirtschaftszweiges ist in diesem Fall wohl (nicht unrichtiges) Leitziel.

Die Probleme und Schwierigkeiten nachhaltiger Bewirtschaftung und in welchem Rahmen sie in tropischen Regenwäldern überhaupt durchführbar ist, werden nicht reflektiert und ein international anerkanntes Kennzeichnungssystem existiert nicht. Welche Bedingungen zur Einführung gegeben sein müssen und was bis zum Zeitpunkt ausreichender Möglichkeiten getan werden soll, wird nicht problematisiert. Aufforderungen, die internationale Forschungsarbeit in diesen Bereichen voranzutreiben sowie die Aufforderung an die Bundesregierung, verstärkte technische und finanzielle Hilfe dafür zur Verfügung zu stellen, ist richtig. Konkrete Vorstellungen könnten z.B. die Verpflichtung von ausländischen Tochterunternehmen über Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen sein - aber in den Veröffentlichungen ist so etwas nicht angedacht. Außerdem enthebt es die Gewerkschaften aus der Verantwortung. Ein generelles Importverbot nicht zu verfolgen, ist schlüssig. Trotzdem stellt sich die Frage, ob nicht ein Importverbot für konventionell gewonnene Hölzer die "nachhaltige Bewirtschaftung" vorantreiben kann (und das nicht nur in Extremfällen oder als politisches Signal).

Ausbildung und Qualifikation der in der Holz- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer, tarifvertragliche Regelungen und deren Einhaltung sowie Umweltschutz am Arbeitsplatz sind weitere wichtige Punkte. Ungeklärt dagegen ist die Frage, wer verantwortlich sein und wer diese Entwicklung vorantreiben soll.

Internationale Koordination untereinander, Zusammenarbeit mit Umweltschutzverbänden bilden - wie die Bildung einer Sachverständigen-Institution - notwendige Ergänzungen. Wenn diese Vorschläge mehr sein sollen als Appelle an das gute Gewissen, ist festzulegen, wer welche Kompetenzen z.B. zur Überwachung der Einhaltung von Maßnahmen hat und wie Verstöße (z.B. von Importfirmen) geahndet werden sollen.

Den Marktzugang für Entwicklungsländer zu öffnen und Technologietransfer zu betreiben, ist als Appell (an wen?) vorhanden. Gerade hier könnte die GHK - in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden - Möglichkeiten eröffnen, zumindest in Diskussion bringen. Allein mit Appellen ist hingegen eine Veränderung nicht zu erreichen. Die aktive Auseinandersetzung mit Mitgliedern, Funktionären und Arbeitgebern, um entsprechenden gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, ist Voraussetzung - wenn es ernsthaft gewollt ist.

In der HZ 5/92 nahm Manuela Rösner in einem Artikel zur Politik der GHK Stellung. Gerüchte, nach denen die GHK beim Neubau der Hauptverwaltung in Düsseldorf Tropenholz aus Raubbau verbauen ließ, hatten sich bestätigt. Weiterhin wurde gefragt, warum bei der gemeinsamen Erklärung im Vorfeld nicht enger mit der GGLF zusammengearbeitet wurde, die in punkto Boykott konkreter ist und nur bestimmte Umweltschutzorganisationen gefragt wurden. Nicht diskutiert wurde z.B. mit Greenpeace und Robin Wood.

4. Versuch einer Wertung unter Betrachtung der Schwierigkeiten

"Ihre Funktion wird sein, Rohstoffe zu liefern, billige Arbeitskräfte anzubieten, Kapital abzuführen, Sextourismus zu offerieren, Life-Erprobung neuer Waffensysteme zu ermöglichen, Organ"spender" für kranke Erstweltbürger zu sein (z.B. Nieren in Indien), Babys auf Bestellung für reiche Erstwelter zu produzieren (wie in einigen lateinamerikanischen Ländern) und als Schuttbladeplatz für toxischen Industriemüll der Herrenvölker zu dienen. Widerstand gegen dieses nationale Schicksal wird mit Terror zerschlagen, wie in Nicaragua."⁶⁸ Man muß nicht die schlimmsten Befürchtungen (wie die hier geäußerten) hegen, um pessimistisch zu sein.

In der Gesamtbetrachtung ist die Dritte Welt, trotz düsterer Zukunftsprognosen, kein Thema von und für Gewerkschaften. Dies gilt umso mehr, je weiter entfernt von Berührungspunkten die zuständigen Stellen sind. Zu kraß ist der Unterschied zwischen den Abteilungen für Internationales und dem Gegenstück, den Wirtschaftsabteilungen.

Hauptberührungspunkt (gezwungenermaßen) ist die internationale Gewerkschaftsarbeit. Mit- und Zusammenarbeit in internationalen Gremien wird durch ständige Konzentration transnationaler Konzerne immer notwendiger. Vorrangig beziehen sich die Vorstellungen der Gewerkschaften auf EG-weite Zusammenarbeit, seltener auf internationale Zusammenarbeit. Die Hauptforderung lautet auf Stärkung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und Internationalen Gewerkschaftsbundes (IBFG) durch Kompetenzverlagerungen. Diese Forderung mutet komisch an, wenn man bedenkt, daß die Einzelgewerkschaften es nicht einmal schaffen (oder wollen), ihrem eigenen Dachverband, dem DGB, die notwendige Kompetenz zuzuerkennen.

Warum sich die Gewerkschaften so schwer tun, hat mehrere Ursachen.

Zum einen kommen sie aus ihrem tradierten Rollenverständnis nicht heraus. Sie sehen sich nach wie vor "nur" als Gegenspieler zum Kapital, und bauen darauf ihre Politik auf (dazu auch 4.2.1). Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG-Medien drückte der Delegierte Emil Carlebach das so aus: "Sind wir die Lückenbüßer für die Verbrechen, die die Kapitalisten begehen?" Hauptaufgabe der Gewerkschaften sei es, Gegenmacht zum Kapitalismus zu sein und die Organisationen der Arbeitnehmer hätten hätten keine "Caritas-Aufgabe, für die die katholische Kirche da ist."

Anlaß der Diskussion war die Suche nach einem neuen Selbstverständnis und Glaubwürdigkeit der IG-Medien. Jugendliche zum Beispiel erwarteten von den Gewerkschaften "praktische Zeugnisse tätiger Solidarität", die die IG-Medien nun mit einer "Solidaritätsstiftung Dritte Welt" liefern will. Die IG-Medien will im DGB die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ein "Arme-Welt-Fonds" der Gewerkschaften gegründet wird, der vor allem Selbsthilfeprojekte in der Dritten Welt fördern soll. Die breite Mehrheit der Delegierten verstand es als "Aufruf zum eigenen Handeln." Es geht um das Überleben der Menschheit. Schuldzuweisungen an die Kapitalisten reichen da nicht mehr aus. "Die Welt wird zerstört sein, bevor der Kapitalismus tot ist."⁶⁹

Noch schlimmer als die Gegenmachtsposition ist sicherlich die praktizierte Sozialpartnerschaft anderer Gewerkschaften, die mit dem Wort "Sozialimperialismus" gegenüber der Dritten Welt beschrieben werden könnte.

Zur tradierten Rolle gehört auch der "Wachstumsfetischismus", der in den Gewerkschaften in abgeschwächter Form (qualitatives Wirtschaftswachstum) nach wie vor vorhanden ist. Historisch ist dieses Denken zwar verständlich, trotzdem ist eine Reform dieses "Irr-"Glaubens dringend notwendig.

Weitere Schwierigkeiten kommen hinzu.

4.1 Entwicklungen im untersuchten Zeitraum

Mit der Krise 1973/74 wurde der ungebrochenen Wachstumsglaube - auch der Gewerkschaften - tief erschüttert. Die historische Ausnahmeerscheinung der Nachkriegskonjunktur wich einer Krise, die zum ersten Mal wieder Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit vermittelte. Dabei glich der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 1 Million fast einer Revolution.⁷⁰

Sozialliberale Koalition und die Neuauflage keynesianischer Krisenlösungsmuster konnten nicht verhindern, daß die Arbeitslosigkeit weiter stieg. 1981/82 kam dann auch die politische Wende. Keynesianismus, und die damit verbundene Hoffnung, durch gezieltes Wachstum die Krise zu lösen, war vorerst gescheitert. Monetaristische Politikansätze (angebotsorientierte Wirtschaftspolitik) wurde weltweit von den konservativen Regierungen verfolgt.

Gewerkschaftlich hatte das eine Vielzahl von Folgen. Die Massenarbeitslosigkeit stieg weiter und Verteilungskonflikte wurden sehr viel schwieriger und härter. In den gewerkschaftlichen Veröffentlichungen ist das sehr deutlich zu verfolgen. Armut und Reichtum dominierte plötzlich in den Zeitungen. Unter dem Stichwort "Neue Armut", also Armut inmitten des Reichtums der BRD und den USA, spiegelten sich die Konsequenzen verkehrter Politik aus Sicht der Gewerkschaften wider. Vergessen wurde dabei die immer ärmer werdende Dritte Welt.

Der EG-Binnenmarkt stand bevor und mit ihm eine weiter zunehmende Macht- und Konzernkonzentration auf europäischer Ebene. Die Internationalisierung des Geldmarktes, Verschuldungskrise und Weltmarktdruck auf nationale Wirtschaftspolitik stellte die Gewerkschaften vor völlig neue Probleme. In vielen Bereichen standen sie außerdem durch Angriffe der neuen Regierung (§ 116 AFG) mit dem Rücken zur Wand.

Reaktion darauf war der Kampf um die 35-Stunden Woche und die Forderung nach einem "globalen Keynesianismus", wie es etwa im "Gewerkschafter" 9/86 heißt. Der Titel "Massenkaufkraft rettet Wachstum" zeigt allerdings auch, daß der Wachstumsglaube als Krisenlösungsinstrument nach wie vor vorhanden war. Die einsetzende Diskussion um den "Industriestandort Deutschland" als Folge zunehmender Globalisierung der Produktion steigerte die Auseinandersetzung zusätzlich. In diesem Zusammenhang erschienen vermehrt internationale Berichte und Vergleiche (Lohnstückkosten, 35-Stunden Wochen als internationale Solidarität). Mit ihnen sollten die gewerkschaftliche Forderungen nachdrücklich legitimiert werden.

Obwohl diese Probleme keinesfalls unterschätzt werden dürfen, gibt es nach meiner Überzeugung noch weitere, wesentlich komplexere Schwierigkeiten, die es Gewerkschaften so schwer machen, richtig mit Wohlstandskritik und Diskussionen zur gerechten Reichumsverteilung - von Nord nach Süd - umzugehen.

4.2 Gewerkschaftsimmanente Schwierigkeiten der Betrachtung

Von gewerkschaftlicher Politik gegen die Weltwirtschaftsordnung kann also keine Rede sein. Zu einer Politik zu kommen, wird weitere enorme Schwierigkeiten aufwerfen. Zusammenhänge, die bisher eine solche Politik verhindert haben, müssen bewußt werden, um entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Außer Frage steht, daß Gewerkschaften dieses Problem allein lösen könnten. Genausowenig würde eine einseitige Konsumverzichtstheorie auch nur in Ansätzen eine Lösung bedeuten. Nur eine bewußt handelnde Gesellschaft ist in der Lage, diese Überlebensfrage zu lösen. Trotzdem liegt bei den Gewerkschaften sozusagen der Schlüssel. Ihr Tätigkeitsfeld liegt an der Quelle der Probleme, der Ökonomie und deren Produktionsweise.

"Lange Zeit war in kapitalistischen Gesellschaften die vorrangige Frage die Klassenfrage, die den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital aufzeigt. Durch die ökologischen Probleme tritt hierzu jedoch zunehmend die Gattungsfrage, die die Klassenfrage überlagert und ihr teilweise entgegensteht. Die Gattungsfrage meint den Konflikt zwischen der technischen Entwicklung und dem Überleben der Menschheit"⁷¹

Durch die kapitalistische Weltmarktökonomie als zentraler Faktor der technischen Entwicklung und ebenso großer Faktor der ökologischen Katastrophe wird es zunehmend eine Überlebensfrage der Menschheit, in Zukunft global andere Produktionsformen anzuwenden. Damit sind die Gewerkschaften vorrangig betroffen.

4.2.1 Gemeinsames Produktionsinteresse von Kapital und Arbeit

Karl Marx nannte sein Hauptwerk "Das Kapital" und das aus einem zentralen Grund (siehe 4.2.2): "Wir werden überhaupt im Fortgang der Entwicklung finden, daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikation der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenbertreten."⁷² Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind als "Charaktermasken" jederzeit austausch- und ersetzbar. Eines aber haben sie gemeinsam - sie sind voneinander abhängig.

"Einen starken Gegensatz bilden Klassen- u. Gattungsfrage vor allem durch das gemeinsame Produktionsinteresse von Kapital und Arbeit. Genau aus diesen Gründen wurde die Gewerkschaftsbewegung nie zum Träger des Protestes gegen die Umweltzerstörung. Es formierten sich vielmehr die neuen sozialen Bewegungen."⁷³

Dieses gemeinsame Interesse ist durch die gegenseitige Abhängigkeit von Produktion und Wachstum gekennzeichnet. Die Kapitalverwertung sichert dem Arbeitgeber (als Kapitalbesitzer) die Existenz genauso wie dem Arbeitnehmer, dessen Arbeitsplatz nur durch die ständige Kapitalverwertung gesichert werden kann. Auf dieser gemeinsamen Grundlage wird der Verteilungsspielraum innerbetrieblich ausgehandelt. Bereits Hugo Sinzheimer hat auf diesen Zusammenhang hingewiesen. Die primären Interessen am Arbeitsplatz und Einkommen läßt Arbeitnehmer prinzipiell (z.B. in der Ökologiefrage) auch gegen ihre eigenen Interessen handeln. Folgen werden "gesamtgesellschaftlich" getragen. Gewerkschaften sind in diesen Prozeß eingebunden.

Erfolgreiche Kapitalakkumulation und damit verbunden Arbeitsplätze ist für eine Volkswirtschaft ohne Weltmarkteinbindung nicht mehr möglich. "Global sourcing", also die Möglichkeit, weltweit die jeweils billigsten Arbeitskräfte und Rohstoffe in Anspruch zu nehmen, ist heute das Schlagwort für den systemimmanenten Zwang zum Weltmarkt. Die Folgen hat die "Gesamtgesellschaft", die Menschheit insgesamt, bei allerdings höchst ungleicher Verteilung zu tragen. Für die Arbeitnehmer in der BRD allenfalls abstrakt oder im Fernsehen "erlebbar".

Karl Marx` philosophischer Hauptkritikpunkt der Gesellschaft war, daß die Kapitalverwertung Hauptziel gesellschaftlicher Ökonomie wird und nicht vorrangig die Bedürfnisbefriedigung.

"Der objektive Inhalt jener Zirkulation - die Verwertung des Werts - ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operation, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital."⁷⁴

Damit wird das Kapital automatisches Subjekt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden Objekte, die ihr gesellschaftliches Handeln nicht mehr völlig selbständig gestalten können. Diese Subjekt-/Objektvertauschung scheint in aktuellen Auseinandersetzungen jeder Art zu kurz zu kommen, insbesondere in der Bildungsarbeit, die ich kenne.

Hier soll nicht die tatsächlich ökonomische Machtstellung der Arbeitgeber bestritten werden. Aber auch sie sind dem "Zwang der Verhältnisse" unterworfen, solange die gesellschaftliche Orientierung an dieser Art der Kapitalverwertung festhält. Andererseits sind die Arbeitnehmer ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Gesellschaft und bestätigen diese Verhältnisse jeden Tag neu mit ihrer Arbeitskraft. Nur durch eine Neufestsetzung gesellschaftlicher Normen des Produzierens können diese Verhältnisse geändert werden. Dazu gehört bewußte Diskussion und Akzeptanz einer grundsätzlichen Veränderung. Diese muß in der Auseinandersetzung mit den Gesellschaftsmitgliedern (und nicht für sie) erfolgen. Die Gewerkschaften mit ihren organisierten Arbeitnehmern könnte dabei eine zentrale Rolle einnehmen.

Arbeitnehmer haben in unserer Gesellschaft 3 Positionen. Sie sind Produzenten, Konsumenten und (theoretisch) ein relevanter Teil der politischen Macht. In der gewerkschaftlichen Politik und Praxis ist der Arbeitnehmer als Produzent entscheidend.

Der Produzent steht im Verteilungskonflikt (Interessensgegensatz) in Form von Tarifaueinandersetzungen um Lohnerhöhung, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Der Sinn von Produktion und den hergestellten Produkten als solches ist bereits nicht mehr Bestandteil einer Reflexion und Auseinandersetzung. Doch genau hier treten die Gattungsfragen in Widerspruch zu den Klassenfragen, denn der Produktionsprozeß hat erhebliche Konsequenzen und Folgen. Weitere gesellschaftliche Positionen der organisierten Arbeitnehmer spielen gegen ber der dominanten Produzentenvertretung eine völlig untergeordnete Rolle. Damit sind die Gewerkschaften im gemeinsamen Produktionsinteresse gefangen.

Dementsprechend haben die Gewerkschaften eine aktive Mitgestaltung der Gesellschaft weitgehend aufgegeben. Entsprechend ihrem derzeitigen Selbstverständnis sind politische Entscheidungen ausschließlich demokratisch gewählten Regierungen vorbehalten. Aber auch ihre tatsächlich Gestaltungsfunktion und Aufgabe klammert den wichtigsten Teil aus. Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmung beziehen sich nicht auf Sinn und Zweck der Produktion an sich.

Der Konsument verbraucht die zuvor von ihm hergestellten Güter. Diese Funktion kommt in der Forderung nach einer "nachfrageorientierten Politik" der Gewerkschaften immer wieder zum Ausdruck. Dabei auftretende Widersprüche werden dagegen anscheinend nicht erkannt, zumindest nicht behandelt. So muß ein Produzent, dessen Arbeitsplatz von einem gesellschaftlich schädlichen Arbeitsprozeß abhängt, die Folgen als Konsument akzeptieren. Kollektives Verbraucherverhalten andererseits hat sehrwohl einen Einfluß auf Produktionsbedingungen und Produktpaletten. Dieser gesellschaftliche Widerspruch, der auch den Verteilungskampf zwischen Nord und Süd umfaßt, muß viel mehr als in der Vergangenheit zu bewußtem Handeln der Gewerkschaften führen.

Arbeitnehmer sind potentielle Träger politischer Macht, die über Mitgliedschaft in Verbänden, Wahlen und gesellschaftliches Handeln ausgeübt werden kann. Diese Macht kann genutzt und mobilisiert werden - wenn entsprechende Vorbereitungen vorausgehen. Die Widersprüche dieser Gesellschaft, die auch von Arbeitnehmern wahrgenommen werden, können aufgegriffen und diskutiert werden. Die aktive Auseinandersetzung mit der Gesellschaft kann eine Veränderung bewirken. Dabei lassen sich langfristige Interessen herauskristallisieren, die sich eignen, Arbeitnehmer zu gesellschaftlichem Handeln anzuregen. Erst wenn die Veränderung in den Köpfen erfolgt, besteht die Möglichkeit, die Gesellschaft insgesamt zu verändern.

Derzeitige Auseinandersetzungen beschränken sich aber darauf, unangenehme und unpopuläre Forderungen als "Staatsaufgabe" zu titulieren. (Aufgaben des Gesetzgebers sollen hier keineswegs wgediskutiert werden.) Regierungen wollen wiedergewählt werden, das ist grundsätzlich ein legitimes Recht. Forderungen, die unpopulär oder gar Einschnitte in bisheriges Verhalten zur Folge haben könnten, sind vermeintlich schwer durchzusetzen. Auch die Gewerkschaften haben das Interesse, den Mitgliederbestand auszudehnen und gewerkschaftliche Gremien wollen ebenfalls wiedergewählt werden. Deswegen fällt es auch den Gewerkschaften so schwer, das Thema Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt richtig zu behandeln. Es hätte dringenden Handlungsbedarf mit befürchteten unangenehmen Konsequenzen zur Folge. Konsequenz ist ein Angleich an allgemeine gesellschaftliche Vorstellungen, anstatt diese Normen zur Disposition zu stellen und den Versuch zu unternehmen, sie zu gestalten. Hier gibt es ein völlig unausgeschöpftes Potential, das nicht nur zum Thema "3. Welt" zu nutzen wäre.

4.2.2 Internationalismus und Betriebsgrenzen

Die Ambivalenz betrieblicher Mitbestimmung für den Produktionsprozeß ist bereits seit dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz von 1916 erkennbar. Die Möglichkeit, über begrenzte Mitbestimmungsrechte einzufordern und zu artikulieren, fördert gleichzeitig den sozialen Frieden und hat eine Verbesserung der Kapitalverwertung zur Folge. Zufriedene Mitarbeiter leisten mehr. Die Existenz der Betriebsräte legitimiert sich über ihren Betrieb und dessen Produktionsbereich. Längerfristige Interessensvertretung muß durch das imperative (wählergebundene) Mandat den kurzfristigen Beschäftigteninteressen untergeordnet werden. Betriebsräte bilden eine wichtige und mächtige Säule innerhalb der Gewerkschaften und bestimmen weitgehend ihre praktische Politik.

Tarifliche Verteilungsspielräume werden in aller Regel über die makroökonomische Ebene bestimmt. Wesentliche Teile externalisierter Produktionskosten erscheinen aufgrund des gemeinsamen Produktionsinteresses nicht in den Tarifforderungen der Gewerkschaften, sondern werden abstrakt als Forderung an Dritte (Staat und Regierung) gestellt. Mit dieser Politik leisten die Gewerkschaften ihren Beitrag zur Stabilisierung der Ökonomie, was unumgängliche Voraussetzung zur Anerkennung als Tarifpartner war und ist. Die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder werden dabei auf diese Politik verpflichtet. "Dies schließt die Unterordnung des Einzelwillens unter den Gruppenwillen und die Geltung der Normen auch für solche, die jene Normen nicht ausdrücklich gewollt haben (Sinzheimer 1976, Bd. I, S. 157; zuerst 1915), zwingend ein."⁷⁵

Wie die Entwicklung in den neuen Bundesländern gezeigt hat, gibt es für Gewerkschaften über die Interessensvertretungsziele hinaus ein primäres Interesse am Erhalt (und der Ausweitung) der Organisation und Strukturen. Auch die Existenz der Gewerkschaften legitimiert sich - traditionell und aktuell - durch die jetzige Form der Industriegesellschaften und ihrer Politik. Die Tragweite der Problematik ist damit offensichtlich. Internationale Gewerkschaftsarbeit findet momentan jedenfalls - trotz anderslautender Beteuerungen - an den Betriebstoren oder Organisationsbereichen ihre Grenzen.

5. Handlungsansätze

Es ist schwer, eine solche Arbeit zu erstellen und nicht in eine gewisse Hoffnungslosigkeit und Resignation zu verfallen. Nachdem die Forderung "Schuldenstreichung" alleine nicht ausreichen kann, will ich am Schluß versuchen, Punkte für vorstellbare Lösungsansätze zu formulieren. Konkrete Möglichkeiten müssen an bereits vorhandenen Ansatzpunkten greifen. Für die Ökonomie heißt das, gesellschaftliche Kosten in Betriebe zu internalisieren. Da aber menschlicher Umgang und die Gestaltung gemeinschaftlichen Zusammenlebens sowie - im Sinne von Eigentumstiteln an der Natur - auch vernünftiger Umgang mit der Umwelt nicht monetär quantifizierbar ist, sondern im weitesten Sinne normativen Vorstellungen und Kriterien unterliegt, sollen die speziellen Kostenargumente als Einstieg in den gesellschaftlichen Diskussionsprozeß verstanden werden.

5.1 Ökologischer Umbau der Wirtschaft

Ökologischer Umbau der Gesellschaft soll sich bewußt vom qualitativen Wirtschaftswachstum als gewerkschaftlicher Alternative unterscheiden, da in vielen Bereichen - immer globale Anwendung vorausgesetzt - nur durch Produktionsrückgang, zumindest gewaltiger Verschiebungen innerhalb der Branchen, ein langfristiges Überleben möglich sein wird. Ökologischer Umbau bedeutet auch die Ökologie menschlicher Beziehungen sicherzustellen, also gleiche und sichere Lebensbedingungen für alle Menschen.

Ein erster Schritt ist, eine Ökobilanz aufzustellen. Rohstoffe und gemeinschaftliche Güter wie Luft und Wasser werden erfaßt und in einem Pool aufgeführt. Jeder Verbrauch dieser Rohstoffe aus dem Pool führt zu Kosten und muß von den einzelnen Verbrauchern bezahlt werden. Diese Anhebung und Stabilisierung der Rohstoffpreise hätte eine "gerechtere" Bezahlung der 3. Welt und die Möglichkeit selbst Industrien aufzubauen, zur Folge.

Weiterer Schritt muß sein, international Schadstoffemissionsgrenzen festzulegen und drastisch sowie dynamisch zu reduzieren.

Einige Klimatologen haben vorgeschlagen, als Menschheit zu verhindern, daß die mittlere Erdtemperatur bis zum Jahr 2100 um mehr als 2° - 2,5° C steigt. Wenn man sich dieses Ziel setzt, dann kann man zurückrechnen, wieviel CO² die Menschheit bis zum Jahre 2100 noch freisetzen kann. Das wären insgesamt etwa 1100 Milliarden t. Jetzt kann man überlegen, wie man diese Menge auf die Erdbevölkerung aufteilt. Geht man davon aus, jeder Erdenbürger habe das gleiche Recht, CO² freizusetzen, dann kommt man schnell zu dem Ergebnis, daß in den Industrieländern überhaupt kein CO² mehr freigesetzt werden dürfte. Die zukünftigen Emissionen müßten in vollem Umfange den Entwicklungsländern zugestanden werden. Wählt man dagegen ein anderes Szenario, in dem man z.B. den Rest des noch freizusetzenden CO² jeweils zur Hälfte auf die Entwicklungs- und die Industrieländer aufteilt, so müßte die jährliche CO²-Emission in den Industrieländern bis zum Jahre 2005 um 20%, bis zum Jahre 2015 um 50% und bis zum Jahre 2030 um 75% reduziert werden. Das bedeutet, daß der Verbrauch von Kohle, Steinkohle, Braunkohle, Erdöl und Erdgas um entsprechende Mengen reduziert werden muß.

Eine Energiesteuer mit verschiedenen Steuersätzen (75% auf Erdöl, 30% auf Erdgas, 50% auf Kohle und 100% auf Abwärme) würde sehr schnell zweistellige Milliardenbeträge erreichen.⁷⁶ Diese Beträge sollten je zur Hälfte im eigenen Land (zur Entlastung von Niedrigverdienern) und in der Dritten Welt Verwendung finden. Der Fonds für die Dritte Welt wird von der internationalen Staatengemeinschaft gleichberechtigt und demokratisch verwaltet. Umwelttechnologien und Programme zur Befriedigung von Grundbedürfnissen sollen daraus finanziert werden.

Konsequent muß auch der schon lange geforderte Wertschöpfungsbeitrag eingeführt werden. Jede Einführung neuer Techniken zur Rationalisierung und Erhöhung der Produktivität hat danach eine entsprechende Abgaben zur Folge. Gesellschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit sind (in internationaler Kooperation) auszugleichen.

Obwohl der ökologische Umbau primär auf staatliche und internationale Ebenen zielt, können die Gewerkschaften - allein schon wegen der Auswirkungen - nicht aus der Gestaltungspflicht ausscheiden.

Möglicherweise kann eine gesellschaftliche Diskussion zu Verträgen zwischen den Gewerkschaften (DGB) und Arbeitgebern (BDA) führen. Auch in der Wirtschaft setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß ökologische Produktion die Produktion der Zukunft ist. Zusammen mit den unterschiedlichen Produktionsinteressen, auch auf Arbeitgeberseite, wäre so etwas für die Zukunft zu diskutieren. Auch auf Arbeitgeberseite gibt es Gewinner und Verlierer der jetzigen Weltwirtschaftsordnung. Vielleicht ergäbe sich langfristig die Möglichkeit, mit entsprechender Auslegung der Artikel 9/III (Koalitionsfreiheit), 12 (Berufsfreiheit) und 14 (Eigentum) des Grundgesetzes zu "gesellschaftlichen Tarifverträgen" zu kommen.

5.2 Demokratisierung ökonomischer Strukturen

Zur Demokratisierung der ökonomischen Strukturen sollten die Gewerkschaften konsequent den Weg gehen, der sich (vor der Vereinigung) zaghaft herauszukristallisieren begann - die Einführung (tariflicher?) Produktmitbestimmung und gesellschaftlicher Konsumentenmitbestimmung. Hier liegt der tatsächliche Schlüssel für eine zukünftig gerechte Weltwirtschaft.

Produzentenmitbestimmung: Gewerkschaften erkämpfen sich tarifliche und gesetzliche Regelungen, um Produkt- und Produktionskonversion einzufordern zu können. Vorschläge der Belegschaft sollten in gemeinsamer Diskussion und gegenseitiger Auseinandersetzung mit Bürgerinitiativen, Verbraucherschutzverbänden und wissenschaftlichem Beirat das Produktionsziel bestimmen. Die strukturbestimmenden Kapitalgesellschaften der BRD müssen demokratisch umgestaltet werden. Hauptversammlungen sind in Unternehmensversammlungen umzuwandeln, die tatsächlich über die langfristige betriebliche Politik bestimmen. Änderungen der entsprechenden Gesetze (Aktiengesetz) müssen Produzenten und Konsumenten gleichberechtigte Einflußmöglichkeiten geben.

Dies ist unmittelbarer Berührungspunkt zur Konsumentenmitbestimmung. Inzwischen sind Produkte und ihre Anwendung oft schädlicher als ihre Produktion (z.B. Auto und Verkehrspolitik). Kommunen, Gemeinden, Verbraucherschutzverbände und Bürgerinitiativen müssen die Möglichkeit der Mitgestaltung bekommen. Für öffentlichen Betriebe und Institutionen gilt dies entsprechend.

Mit diesen beiden Komponenten eröffnet sich erstmals die Möglichkeit, breite Teile der Gesellschaft in grundlegende Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Bei entsprechender normativer Aufbereitung können demokratische und tragfähige Entscheidungen für eine neue Zukunft getroffen werden.

5.3 Gewerkschaften als „überbetriebliche Vernunft“

Die Gewerkschaften könnten in ihren eigenen Organisationsbereichen einiges bewirken. Ähnlich wie die untersuchten Fallbeispiele ein weiteres Beispiel:

Die HBV initiiert Aktionen (ähnlich dem Boykott von Produkten aus Südafrika), um bei den Banken die Streichung der Schulden einzufordern. Dies soll nicht ohne Gegenleistung erfolgen. Die freiwerdenden Gelder sind nicht mehr an eine Gläubigerbank im Ausland zu zahlen, sondern an eine eigene, noch zu gründende "Entwicklungsbank". Diese finanziert - unter internationaler Aufsicht - Infrastruktur, Kultur, Bildung und Projekte zur Beseitigung der größten Armut. Weiterer Vorteil wäre, diese Projekte nicht mit Devisen finanzieren zu müssen, sondern in einheimischer Währung - mit eigenen Arbeitskräften zu bewältigen. Im Bereich des Handels wird auf "fairen Handel" geachtet, d.h. die Erzeuger von Agrarprodukten bekommen garantierte Mindestlöhne und Bedingungen.

Leider bleiben solche Aktionen - vorerst - Illusionen und den Arbeitgebern vorbehalten. Hertie, Kaufhof, Edeka und Rewe nehmen Kaffee aus "fairem Handel" jetzt in ihr Sortiment auf.⁷⁷ Welchen Einfluß die HBV darauf hatte, bleibt ungewiß, es ist jedoch anzunehmen, daß er - wenn überhaupt - nur vereinzelt stattfand.

Die Strukturkrisen der letzten Jahre haben eines gezeigt - daß eine ausschließliche Orientierung auf einzelne Branchen oder gar Betriebe nicht zu lösende Probleme mit sich bringt. Eine Internalisierung gesellschaftlicher Kosten kann nur in Branchen und betriebsübergreifenden Regelungen eingefordert werden. Dazu sind neue gewerkschaftliche Strukturen notwendig und auch der gemeinsame Umgang der Gewerkschaften bedarf einer dringenden Reform.

Selbst dem DGB als Dachverband wird es nicht möglich sein, "gesellschaftliche Vernunft" zu repräsentieren.

Hauptproblem dabei ist die Betriebsstruktur als bisher geschlossenes "soziales System" und die damit verbundene Identität der Arbeitnehmer mit dem Betrieb, sowie berechnete Arbeitsplatzangst. Die Demonstrationen ganzer Belegschaften, Betriebsräte und ihrer Arbeitgeber um den Arbeitsplatz-erhalt in Rüstungs- und Atomkraftbetrieben zeigen ansatzweise die Dimension.

Trotzdem gibt es Möglichkeiten der Institutionalisierung "gesellschaftlicher Vernunft". Die Schaffung unabhängiger und gleichberechtigter Aufsichtsratsmitglieder gesellschaftlicher Interessen und demokratische Unternehmensverfassungen sind nicht dafür der Einstieg. Die notwendige Veränderung der Mitbestimmungsgesetzgebung wird - gerade wegen zu erwartenden Arbeitgeberwiderstand - die Möglichkeit einer breiten gesellschaftlichen Debatte darüber eröffnen. Erweiterung von Betriebs- und Personalratsmandaten würden zusätzliche Handlungsspielräume eröffnen.

In transnationalen Konzernen müssen die Interessen der Länder der 3. Welt integriert werden durch Teilnahme von Vertretern aus den Ländern, in denen Tochtergesellschaften bestehen im Aufsichtsrat. Bei gleichzeitiger Erweiterung der Aufsichtsratsrechte vielleicht eine Möglichkeit.

5.4 Schaffung einer gesellschaftlichen Akzeptanz

Wie im Kapitel 4.2.2 bereits geschildert, sind politische Maßnahmen ohne gesellschaftliche Akzeptanz auf Dauer nicht möglich. Und umgekehrt sind politische Maßnahmen gegen eine gesellschaftliche Akzeptanz auf Dauer nicht haltbar oder zumindest nur mit Gewalt durchsetzbar. Darum müssen Gewerkschaften vorrangig mit dazu beitragen, diese Akzeptanz zu schaffen. Diskussionen müssen innerhalb der Organisation beginnen, dann aber über geeignete Formen (Bildungsarbeit, Medien) an alle Mitglieder transportiert werden. Schließlich muß es zu einem offenen Diskussions- und Austauschprozeß mit allen gesellschaftlichen Kräften kommen. Gewerkschaften können dazu die Diskussionsplattform bieten, wie es auch in der Grundsatzformulierung des Zukunftskongresses der IGM 1988 hieß. Dritte Welt Gruppen, Kirchen und deren Einrichtungen in den Entwicklungsländern (die sehr oft engagiert Menschenrechte einfordern), andere Nichtregierungsorganisationen (NGO's) wie auch kritische Verbraucherverbände müssen Bündnispartner sein. Internationale gewerkschaftliche Arbeit darf sich nicht nur auf den Kampf um Gewerkschaftsrechte in allen Ländern und einen multinationalen Zusammenschluß beschränken, sondern auch breite internationale Kommunikation auf lokaler Ebene müssen Intention des Handelns sein. Eine kritische Begleitung der UN-Umweltkonferenz hätte den Gewerkschaften gut angestanden. Zukünftig müssen GATT-Verhandlungen ebenso mit kritischer Öffentlichkeit verfolgt werden, wie eine Demokratisierung von Weltbank und IWF und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung auf der Tagesordnung stehen müssen. In der Agenda 21 (Kap. 27.8.) der UN-Umweltkonferenz wurde beschlossen:

"NGO's ... auf allen Ebenen in die Konzipierung, Errichtung und Evaluierung (Bewertung, A.R.) offizieller Mechanismen und formeller Verfahren (einzubeziehen), die der Überwachung der Agenda 21 dienen."⁷⁸

Die historische Entwicklung zeigt, daß die jeweiligen Normen und Werte einer (demokratischen) Gesellschaft sich in ihren Institutionen und Gesetzen sowie gesellschaftlichem Handeln niederschlagen kann (positiv wie negativ). Voraussetzung für eine gesellschaftliche Akzeptanz internationaler Tarifverträge und -Fonds, sowie einer Gesetzgebung zur Demokratisierung ökonomischer Strukturen ist eine Bevölkerung, die dieses Wollen unterstützt.

Die Frage, was zuerst vorhanden sein muß, hat Ähnlichkeit mit der Überlegung, ob zuerst das Huhn oder das Ei vorhanden ist. Beides (Handeln und Bewußtsein) ist aktiv voranzutreiben. Damit besteht auch die Gelegenheit, daß es Prozesse werden, die sich gegenseitig befruchten.

Die Schwierigkeiten und Diskussionen über eine Umverteilung "nur" in den neuen Bundesländern sowie der Unmut und Widerstand zeigt, daß die Umsetzung dieses Wollens eine gehörige Portion an Mut und Verantwortung erfordert und bestimmt nicht mal so nebenbei eingefordert werden kann. Es muß zu einem gesellschaftlichen Druck auf allen Ebenen kommen. Die "Zivilgesellschaft" muß erst noch beweisen, ob sie eine ist.

5.5 "Internationales Management" der Probleme

Internationales Management der Probleme kann weder von den Gewerkschaften noch anderen globalen Organisationen allein geleistet werden. Es kann und darf auch nicht - quasi über Anordnungen - vorgeschrieben werden, wie sich einzelne Länder/Völker ihre Existenz sichern.

Eine neue Weltordnung kann nur von allen Völkern gemeinsam, mit Achtung ihrer kulturellen und ethischen Vorstellungen, in Kraft treten. Der Aufbau international dezentraler Strukturen analog des Subsidiaritätsprinzips muß sowohl wirtschaftlich, als auch in gemeinsamen Interessensvertretungsorganen passieren.

Ein multinationaler Gewerkschaftsbund wird vor dem Dilemma stehen, solche Strukturen verwirklichen zu müssen und trotzdem in wichtigen Belangen multinational tätig sein zu können. Hier sind völlig neue Organisations- und Kommunikationsstrukturen notwendig, die es allen Mitgliedern erlauben, an Entscheidungen und Tätigkeiten zu partizipieren. Wahrlich ein globales Problem.

Die Notwendigkeit internationaler Tarifverträge stellt sich nicht erst seit dem EG-Binnenmarkt. Hierzu entwickelte Strategien müssen auf globale Übertragbarkeit überprüft werden. Noch nicht genügend angedacht und überhaupt nicht mit praktischen Erfahrungen belegbar sind Möglichkeiten, internationale Tarifverträge abzuschließen. Die Zusammenhänge multinationaler Konzerne sind zum Abschluß von - über die Ländergrenzen hinaus, oder sogar speziell für andere Länder - Tarifverträgen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Einhaltung von Schutzvorschriften zu nutzen.

"Deutsche Tarifvertragsparteien können für ausschließlich im Ausland zu erfüllende Arbeitsverträge Tarifverträge abschließen. Diese Tarifverträge treten nur hinter zwingendes ausländischer Recht zurück.... Hat ein Arbeitgeber einen Haustarifvertrag abgeschlossen, so ist er verpflichtet, auf ein rechtlich selbständiges Tochterunternehmen einzuwirken, den Haustarifvertrag anzuwenden, wenn das Tochterunternehmen nur aus Gründen des internationalen Rechts verselbständigt wurde, aber tatsächlich abhängig ist. Dies gilt insbesondere, wenn die Arbeitsverhältnisse der beschäftigten Arbeitnehmer nur deswegen auf das Tochterunternehmen übertragen wurden, um die Arbeitsbedingungen abzusenken."⁷⁹

Dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichtes kann den Weg weisen. Hier würde allerdings Solidarität im Sinne des Wortes verlangt. Ein Eintreten für Verbesserungen, die den an Aktionen (evt. sogar Arbeitskampf) Teilnehmenden nicht unmittelbar zugute kommen. Deswegen ist es auch so schwer, diesen Weg zu gehen.

Einseitige Veränderungen können sicher nicht die Weltwirtschaftsordnung ändern, möglicherweise nicht einmal ankratzen - aber Zeichen setzen und den Willen zu neuen Wegen und einer gemeinsamen Zukunft zeigen.

Ich habe nur die Befürchtung, daß alle zaghaften Ansätze - sowohl im Hinblick auf die Dritte Welt, als auch im Hinblick neuer tariflicher Strategien - durch die Wiedervereinigung auf unbestimmte Zeit vertagt worden sind. Die Zeit drängt, wieder massiv zu beginnen die Zukunft zu planen und zu gestalten - das Überleben der Menschheit steht auf dem Spiel.

Quellen-/Literaturhinweise

- 1) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 222
- 2) Drechsler, Hilligen u.a., Hrsg., Lexikon Gesellschaft & Staat, Baden-Baden 1989
- 3) Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., Wirtschaftsinfo Nr. 7, in ISW-Report Nr. 11, 3/1992
- 4) Goldberg, Jörg, Leben auf Kosten der Dritten Welt?, in Konkret 2/91, S. 46
- 5) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Duisburg, S. 118ff
- 6) BMZ, Hrsg., BMZ aktuell, Kurzfassung des Human Development Reports, Bonn, Juli 1992 7) UNDP-United Nations Development Program, Hrsg., Human Development Report, New York, 1992
- 8) Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg., Datenreport 1992, Bonn, S. 398
- 9) Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg., Datenreport 1992, Bonn, S. 390
- 10) Massarat, Mohssen, Die Krise am persischen Golf, in Diskus 2/91, Frankfurt, S. 18 - 27
- 11) ebd.
- 12) ebd.
- 13) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 146
- 14) Boris, Dieter u.a., Hrsg., Info-Brief "Weltwirtschaft & Entwicklung" 10/92, Bonn
- 15) Deutsche Bundesbank, Monatsberichte 10/92, Frankfurt
- 16) Goldberg, Jörg, Leben auf Kosten der Dritten Welt?, in Konkret 2/91, S. 46
- 17) Teufel, Dieter, Die Rolle von Öko-Steuern bei der Lösung der Umweltprobleme der 90er Jahre, in Diether Döring u.a., Hrsg.: Steuerreform als gesellschaftspolitische Aufgabe der neunziger Jahre, Berlin 1991, S. 206
- 18) Strahm, Rudolf, Warum sie so arm sind, Wuppertal 1990, S. 12
- 19) Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., Wirtschaftsinfo Nr. 7, in ISW-Report Nr. 11, 3/1992
- 20) ebd.
- 21) UNDP, Hrsg., Human Development Report, New York, 1992
- 22) Hoffmann, Jürgen u.a., Hrsg., Jenseits der Beschlußlage, Köln 1990, S. 40
- 23) Beck, Ulrich, Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 123
- 24) Marx, Karl, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, 30. Auflage, Berlin 1986, S. 529f
- 25) Koch, Egmont u.a., Ein Planet wird unbewohnbar, in metall 19/81, Frankfurt, S. 12
- 26) IGM, Hrsg., Wir haben nur eine Erde, in metall 14/87, Frankfurt
- 27) Scherhorn, Gerhard, Die Illusion, sich freikaufen zu können in Psychologie Heute, Jan. 1993, S. 25
- 28) Mediennutzung der Gewerkschaftsmitglieder am Beispiel der Metallverarbeitenden Industrie, Sinus-Institut, Heidelberg, Mai 1990
- 29) Entnommen dem Geschäftsbericht zum 16. DPG-Kongreß 1986-89, Hrsg. DPG, Frankfurt 1989
- 30) IGM, Hrsg., Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln, Köln, 1988
- 31) IGM, Hrsg., Solidarität und Freiheit, Internationaler Zukunftskongress, Köln, 1988

- 32) Hirsch, Joachim, Auf dem Weg zu Postfordismus?, in Das Argument 151, 27. Jg, 1985, S. 325
- 33) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 206
- 34) ebd.
- 35) Seifried, Dieter, "Verkehr" in Reihe Gute Argumente, München 1991, S. 129
- 36) ebd., S. 129
- 37) ebd., S. 43
- 38) ebd., S. 71
- 39) ebd., S. 65
- 40) Vorholz, Fritz, Bonn vernichtet den Wohlstand, in Die Zeit v. 20.10.92, S. 41
- 41) IGM, Hrsg., Geschäftsbericht 1986-1988, Frankfurt, Juli 1989
- 42) IGM, Hrsg., Auto, Umwelt und Verkehr, Umsteuern bevor es zu spät ist, Frankfurt 1989
- 43) ebd., S. 15
- 44) Hirsch, Joachim, Auf dem Weg zu Postfordismus?, in Das Argument 151, 27. Jg, 1985, S. 327

- 45) Dörrenbächer C., Fischer O., Handel mit Informationsintensiven Dienstleistungen: neue Perspektiven für die internationale Arbeitsteilung und Handelspolitik, Sonderdruck aus Vierteljahresberichte, Probleme der Internationalen Zusammenarbeit, Nr. 122, 1990 Bonn, S. 398
- 46) ebd. S. 394f
- 47) ebd. S. 395
- 48) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 256
- 49) ebd. S. 256
- 50) BMZ Hrsg., Fernmeldewesen und Entwicklung, Zur sozialen und wirtschaftlichen Bewertung von Fernmeldeprojekten in der Dritten Welt, Forschungsbericht des BMZ, Bd. 76, Köln 1986
- 51) Erler, Brigitte, Tödlische Hilfe, Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg 1987, S. 38f
- 52) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 249
- 53) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 247
- 54) ebd. S. 262
- 55) ebd. S. 253, 258f
- 56) ebd. S. 252f
- 57) ebd. S. 262
- 58) Diese Argumentation spiegelt meine Erfahrung als Funktionär der DPG wieder. (Mitglied im Bundesjugendausschuß sowie Bezirksvorstand und Teamer in der Jugendbildungsarbeit.
- 59) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 215
- 60) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 221
- 61) ebd.
- 62) Kuhlmann W., Tropenholzhandel in der BRD, in: Der überblick 3/89, S. 24, aus Arbeitspapier 9 der Friedrich-Ebert-Stiftung, Jan. 90, "Umweltkrise in der 3. Welt"
- 63) Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1991, Düsseldorf, S. 221
- 64) GHK, Hrsg., Holzarbeiterzeitung 2/89, Düsseldorf, S. 27
- 65) GHK, Hrsg., Beschlüsse und Erklärungen der GHK, des DGB und des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter zum Schutz des tropischen Regenwaldes
- 66) Resolution der IBBH Regionalkonferenz Lateinamerikas, Carracas, Venezuela, 1990, Pkt. 7
- 67) GHK, Hrsg., Gemeinsame Erklärung der GHK, des Hauptverbandes der Deutschen Holz und Kunststoffe verarbeitenden Industrie, und des Vereins Deutscher Holzeinfuhrhäuser, Düsseldorf 1992

- 68) Höfer, Bruni u.a., Hrsg., Das fünfhundertjährige Reich, Emanzipation und lateinamerikanische Identität, Fulda 1990, S. 274
- 69) Füssel, Ulrike, IG Medien auf der Suche nach Glaubwürdigkeit, FR vom 14.12.92, S. 4
- 70) Zinn, Karl Georg, Was regeneriert die Krise?, in: Hoffmann J., Überproduktion, Unterkonsumption, Depression, Hamburg 1983
- 71) Hoffmann, Jürgen, Gesellschaftlicher Wandel und gewerkschaftliche Neuorientierung, in Zukunft der Arbeit - Zukunft der Gewerkschaften, Beiträge zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Hrsg. DPG, S. 18
- 72) Marx, Karl, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, 30. Auflage, Berlin 1986, S. 100
- 73) Hoffmann, Jürgen, Gesellschaftlicher Wandel und gewerkschaftliche Neuorientierung, in Zukunft der Arbeit - Zukunft der Gewerkschaften, Beiträge zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Hrsg. DPG, S. 18
- 74) Marx, Karl, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, 30. Auflage, Berlin 1986, S. 167f
- 75) Müller Jentsch, Walther, Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, New York/Frankfurt 1986, S. 63
- 76) Teufel, Dieter, Die Rolle von Öko-Steuern bei der Lösung der Umweltprobleme der 90er Jahre, in Diether Döring u.a., Hrsg.: Steuerreform als gesellschaftspolitische Aufgabe der neunziger Jahre, Berlin 1991, S. 206ff
- 77) FR vom 09.01.93
- 78) Boris, Dieter u.a., Hrsg., Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung 11/92, Bonn, S. 3
- 79) BAG-Urteil vom 11.09.91, Nr. 4 AZR 71/91, in Der Betrieb 1992, S.